Samstag/Sonntag, 21./22. 1. 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 18 - 3.W.- Preis 1,40 DM - 1 H 7109 A

Belgien 40,00 bfr, Dänemark 10,00 dkr, Frankreich 7,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1800 L, Jugoslawien 145,00 Din, Luxemburg 33,00 lfr, Niederlande 2,50 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 16 öS, Portugal 125 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kießling-Ausschuß: Der Fall des entlassenen Generals wird von einem Untersuchungsausschuß des Bundestages untersucht. Er wird erstmals am Donnerstag unter Vorsitz des CSU-Abgeordneten Biehle zusammentreten. Die Bundesregierung äußerte die Erwartung, daß der Ausschuß die Angelegenheit schnell klärt und zügig abwickelt. (S. 1)

Jugendschutz: Das Verbot der Abgabe alkoholischer Getränke durch Automaten und Einschränkungen im Verkauf oder Verleih von Videokassetten sieht ein Entwurf zur Neuregelung des Jugendschutzgesetzes vor.

Mehr Geld für Rüstung: Trotz Wirtschaftskrise will Polen in diesem Jahr die Militärausgaben um 13,9 Prozent auf umgerechnet 6,4 Milliarden Mark anheben. (S. 5)

Elite-Universitäten: Das vom FDP-Vorsitzenden Genscher befürwortete Projekt wird auch in der CSU abgelehnt. Es lasse sich „kaum eine weniger fachmännische Reparatur" am Bildungswesen denken, sagte der Chef der Staatskanzlei in München, Stoiber.

Eingreiftruppe: Die US-Regierung will im Kongreß erneut 220 Millionen Dollar für eine jordanische schnelle Eingreiftruppe beantragen, verlautete in Washington. Vorher solle König Hussein das Projekt aber öffentlich gutheißen.

Gescher zur KVAE: Bei der Stockholmer Ost-West-Konferenz hätten sich keine Anhaltspunkte für eine zum Positiven veränderte Haltung Moskaus in der Frage der Begrenzung oder des Abbaus nuklearer Raketen ergeben, erklärt Außenminister Genscher vor dem Bundestag. Allerdings erwarte er, daß die Wiener Verhandlungen über Abbau der konventionellen Truppen in Europa weitergingen.

Angebot an Kairo: Gegen den Widerstand radikaler arabischer Staaten beschloß die Islamische Gipfelkonferenz in Casablanca, Ägypten wieder zur Mitarbeit in der Islamischen Konferenz-Organisation einzuladen. Es war vor fünf Jahren wegen des Separatfriedens mit Israel ausgeschlossen worden. (S. 1)

Polen/Vatikan: Im Zuge der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Vatikan ist Warschau bereit, der polnischen Kirche mehr Bewegungsfreiheit einzuräumen. Geplant ist ein neuer Kirchenstatus. (S. 6)

Am Wochenende: Die Vorsitzenden der europäischen liberalen Parteien beraten in Stuttgart über EG-Probleme. – Landesparteitag der hessischen CDU. – Papst Johannes Paul II. empfängt den SPD-Vorsitzenden Brandt. – Urteilsverkündung in Teheran gegen 101 Mitglieder der verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei.

ZITAT DES TAGES



„Nur eine Reise ins Ausland zur ärztlichen Betreuung kann meine Frau und mich retten, denn ihr Tod wäre auch der meinige"

Der verbannte sowjetische Nobelpreisträger Andrej Sacharow, dessen Frau schwer herzkrank ist, in einem Appell an die Delegierten der Stockholmer Abrüstungskonferenz (S. 8). FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Innerdeutscher Handel: Der Wert der Warenlieferungen aus der Bundesrepublik in die „DDR" stieg 1983 um neun Prozent auf 6,9 Milliarden DM, der Wert der Bezüge aus der „DDR" um vier Prozent auf 6,6 Milliarden DM. (S. 9)

Prognose: Ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent könnte nach Auffassung von Sparkassenpräsident Helmut Geiger in diesem Jahr erreicht werden, „wenn es nicht zu Streiks kommt".

Importverteuerung: Besorgt über die Einfuhrpreise ist Bundesbankpräsident Pöhl. Seit Frühjahr 1983 seien die Importe um sechs Prozent teurer geworden. Eine weitere Schwächung der DM könnte „Probleme für die Preisstabilität" bringen.

KFZ-Neuzulassungen: 1983 kamen mit 2 847 453 Einheiten rund 10,5 Prozent mehr Kraftfahrzeuge in den Verkehr als 1982. (S. 9)

Börse: Ausländische Anleger sorgten am Aktienmarkt für eine feste Tendenz. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 155,9 (154,6). Dollarmittelkurs 2,7940 (2,7940) Mark. Goldpreis pro Feinunze 371,25 (374,75) Dollar.

KULTUR

Wieder deutsch: Mit einem Festgottesdienst feiert die deutsche evangelische Gemeinde in Paris an diesem Wochenende die Rückgabe der Christuskirche durch die französischen Behörden. Das Gotteshaus war nach dem Zweiten Weltkrieg in den Besitz Frankreichs übergegangen.

Staudte: Bei Dreharbeiten in Jugoslawien starb der Filmregisseur Wolfgang Staudte (77). Zu seinen bekanntesten Werken gehörten „Die Mörder sind unter uns", „Der Untertan" und „Rosen für den Staatsanwalt". Zuletzt war er fast nur noch für das Fernsehen tätig. (S. 15)

SPORT

Radsport: Der Italiener Francesco Moser stellte einen phantastischen Weltrekord auf. In einer Stunde fuhr er 50,890 Kilometer. (S. 7)

Fußball: In einem vorgezogenen Spiel der Bundesliga schlug Fortuna Düsseldorf vor 60 000 Zuschauern Borussia Mönchengladbach mit 4:1 (4:0) Toren.

AUS ALLER WELT

Grube Messel: Die Fossilienfundstätte im Kreis Darmstadt-Dieburg darf als zentrale Mülldeponie genutzt werden, entschied das Darmstädter Verwaltungsgericht. Um die Ölschiefergrube, die 25 Millionen Kubikmeter Müll aufnehmen soll, war zehn Jahre gestritten worden. (S. 16)

Großer Fang: Eine Geldfälscherbande, die vermutlich Dollar-Blüten im Wert von umgerechnet 17 Millionen Mark hergestellt hat, wurde in Düsseldorf festgenommen.

Wetter: Nach Morgennebel heiter und trocken. Wieder kälter.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Heute: Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zustellung.

Fall Kießling: Kölner Polizei stützt Wörners Erklärungen

Bericht vor Kontrollkommission des Bundestages / Scharfe Kritik am MAD

DW. **Köln**

Die Kölner Polizei ist mit umfangreichen Darlegungen gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium und der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Bundestages Zweifeln an der Seriosität ihrer Recherchen in der Affäre um den entlassenen Vier-Sterne-General Kießling entgegengetreten. Nach Informationen der WELT haben die damit befaßten Beamten und Kripochef Gundlach das Vorgehen der Polizei in dieser Sache so geschildert:

● In der fraglichen Zeit habe die Polizei im Zusammenhang mit dem Mord an einem Strichjungen in Bochum auch Nachforschungen in der Kölner Homosexuellen-Szene angestellt. Erfahrungen aus früheren Ereignissen hätten gezeigt, daß die Szene in solchen Situationen hilfsbereit sei. Bei diesen Ermittlungen habe die Polizei – auf Wunsch des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) – gewissermaßen parallel die Recherchen über Kießling angestellt.

● Dabei sei die Polizei nicht planlos mit einem Lichtbild des Generals in dem Milieu herumgelaufen. Sie habe ausschließlich Personen befragt, die ihr bekannt gewesen seien und die bei früheren Anlässen glaubhafte Informationen geliefert hätten. Die Polizei habe ihnen sieben Bilder von verschiedenen Personen vorgelegt, darunter das von Kießling. Die Beamten hätten zu diesem Zeitpunkt nicht gewußt, daß es sich dabei um einen Vier-Sterne-General handelte. Der MAD habe das Bild zur Verfügung gestellt und darauf die Uniform retuschiert.

● Die Identifizierung Kießlings als Besucher der einschlägigen Lokale, so erklärten die Beamten, sei „spontan" erfolgt. Die Polizei stütze sich dabei hauptsächlich auf vier Zeugen aus der Homo-Szene. Diese stünden bisher trotz der breiten öffentlichen Diskussion um die Affäre zu ihren Aussagen.

● Nach Informationen der WELT haben zwei dieser Zeugen, während in Bonn die PKK in geheimer Sitzung tagte, begleitet von Polizeibeamten im Bundesverteidigungsministerium um Schutz nachgesucht. Sie sollen dort ihre Aussagen vor der Polizei wiederholt haben. An diesem Treffen soll auch der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière, teilgenommen haben.

Die PKK hatte über viele Stunden hinweg im Präsidentenflügel des Deutschen Bundestages getagt, um eine diskrete Anhörung der Polizeibeamten zu gewährleisten.

Öffentliche Erklärungen von Mitgliedern der PKK, darunter von Oppositionsführer Vogel (SPD), vermittelten den Eindruck, daß die Repräsentanten des MAD in den Beratungen einen denkbar schlechten Eindruck hinterlassen haben. In dieser hochpolitischen Angelegenheit habe der MAD zumindest zeitweise ohne Wissen der Amtschefs gehandelt. Im Gegensatz zur Polizei, die ein erstklassiges Bild abgegeben habe, so hieß es, sei es im MAD „drunter und drüber gegangen". Informationslücken, Fehlbewertungen und Zeitverzögerungen hätten die Arbeit des MAD bestimmt.

Diese „Schlampereien" im MAD, so hieß es von kompetenter Seite, erforderten umfangreiche personelle Konsequenzen, aber sie würden nicht die Erkenntnisse der Polizei schmälern, auf die sich Wörner letztendlich gestützt habe.

SEITE 3:
Weitere Beiträge

SPD sieht „schwerwiegende Widersprüche"

R. MONIAC/P. PHILIPPS, **Bonn**

Die Position von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner scheint sich durch die Rücktrittsforderung des Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel stabilisiert zu haben. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte am Donnerstag Vogels Angebot abgelehnt, mit einem durch die Generalsaffäre nicht belasteten Nachfolger Wörners die politischen Konsequenzen des Falles Kießling unter Ausschluß der Öffentlichkeit in der für die Geheimdienste zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission zu untersuchen. Im Gegenzug beschloß die SPD-Bundestagsfraktion die Umwandlung des Verteidigungsausschusses zum Untersuchungsausschuß. Dessen konstituierende Sitzung ist für den kommenden Donnerstag vorgesehen.

Auch die Bundesregierung zeigte sich an einer schnellen und rückhaltlosen Aufklärung der Umstände interessiert, die zur vorzeitigen Pensionierung des früheren stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers General Günter Kießling geführt hatten. Zugleich beschrieb Regierungssprecher Boenisch „die Stimmung des Kanzlers" so: „Der schlechteste Rat wäre die Aufforderung zum Rücktritt." Auf die Frage nach der zeitlichen Gültigkeit der Vertrauenserklärung des Regierungschefs für Verteidigungsminister Wörner antwortete der Staatssekretär: „Ich bin Regierungssprecher und kein Hellseher." Er lehnte es auch ab, zu kommentieren, warum die CDU/CSU-Fraktion in der von den Grünen beantragten „Aktuellen Stunde" am frühen Morgen im Bundestag zur Unterstützung des Ministers nur Verteidigungsexperten und nicht Angehörige der Fraktionsspitze oder des Bundeskanzler selbst aufgeboten hatte.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende begründete die Einsetzung des Untersuchungsausschusses damit, daß „nur so alle für die Beurteilung der politischen Verantwortung des Ministers wesentlichen Tatsachen in der von der Verfassung vorgesehenen Form öffentlich festgestellt und erörtert werden" könnten. Außerdem seien nur so „die fortbestehenden schwerwiegenden Widersprüche aufzuklären", die Vogel im einzelnen aufgezählt hatte. Es gebe erhebliche Unklarheiten und Unsicherheiten über die Zusammenarbeit zwischen Militärischem Abschirmdienst (MAD) und der Polizei. Weiter müsse der MAD durch „geeignete Maßnahmen in den Stand gesetzt werden, bei der Wahrung seiner Aufgaben den Anforderungen eines demokratischen Rechtsstaates in vollem Umfang zu entsprechen".

Die „sogenannten Erkenntnisse", die zu Kießlings Zwangspensionierung geführt hätten, seien „in vor-

■ Fortsetzung Seite 8

Ärger um Kreditauskünfte der Banken

Datenschützer warnen vor neuen Geschäftsbedingungen / Banken: Zum Wohl des Kunden

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder blasen zum Widerstand gegen einen neuen Passus in den jetzt geänderten „Allgemeinen Geschäftsbedingungen" des Kreditgewerbes, in dem es unter der Nummer 10 heißt: Die Bank kann bankmäßige Auskünfte, und zwar auch über die Kreditwürdigkeit und die Zahlungsfähigkeit des Kunden (Kreditauskünfte) erteilen ...

Damit, so Claus Henning Schapper, Vorsitzender der Konferenz der Datenschutzbeauftragten, solle offenbar das Bankgeheimnis zum Nachteil natürlicher Personen eingeschränkt werden. Die neue Bestimmung sei mit wesentlichen Gedanken des Datenschutzes unvereinbar und daher unwirksam, meinen die Datenschützer. Sie empfehlen Kontoinhabern, die eine Erteilung von Bankauskünften ohne ihre vorherige ausdrückliche Einwilligung für den Einzelfall nicht wünschen, dies dem Kreditinstitut mitzuteilen und vorsorglich der neuen Bestimmung bis zum 31. Januar zu widersprechen.

Die Aufgeregtheit der Datenschützer ist nicht ganz zu verstehen. Ihnen ist offenbar entgangen, daß Bankauskünfte überhaupt nicht unter den Schutz des Gesetzes fallen, weil sie keine konkreten Daten wie Kontostand, Kontobewegungen oder Vermögen enthalten, sondern nur allgemeine Angaben über die Bonität oder die Zahlungsweise. Zum anderen ist die Erteilung von Bankauskünften – übrigens fast ausschließlich im Geschäftsleben – seit jeher üblich, und zwar im Interesse des Kunden, nämlich als Nachweis seiner Bonität Dritten gegenüber. Das Kreditgewerbe hat das Auskunftsrecht in die Geschäftsbedingungen nur aufgenommen, um die Rechtsverhältnisse in einer Zeit allgemeiner Sensibilisierung in Datenfragen transparent zu machen.

SEITE 2:
Kleingedrucktes

Nach der Rechtsprechung durfte eine Bank ohne ausdrückliches Einverständnis ihres Kunden immer schon Auskünfte geben, wenn sie sein Einverständnis unterstellen konnte. Das war aufgrund der „Verkehrssitte" der Fall bei der Geschäftskundschaft, die Kredite aufnimmt, zum Beispiel bei Lieferanten. Das wird von den Juristen als rechtens angesehen, weil diese Kunden ja auch selbst Auskünfte über ihre Geschäftspartner einholen. Diese Praxis dient einfach der Absicherung von Geschäftsbeziehungen, dem Schutz vor Risiken. Darum hat sich auch nie jemand darüber erregt und die Banken etwa einer Verletzung des Bankgeheimnisses geziehen. Im übrigen war es üblich, daß die Banken keine ausgesprochen negativen Auskünfte gaben, weil sie dann ein Kundeneinverständnis eben nicht mehr unterstellen konnten.

Von einer „Verkehrssitte" konnten die Banken bei Auskünften über Privatkunden, die übrigens selten verlangt werden, nicht unbedingt ausgehen. Insofern bestand etwas Rechtsunsicherheit, die mit den neuen Geschäftsbedingungen beseitigt werden soll. Aber generelle Auskünfte haben die Banken nicht verweigert, wenn zum Beispiel angefragt wurde, weil ein Kunde sein neues Auto mit Wechseln bezahlen wollte oder weil er Vorleistungen für einen Grundstückskauf erbringen mußte. Eine gute Auskunft nutzt ja dem Kunden, so daß sein Einverständnis unterstellt werden konnte.

Meinungswandel unter Gewerkschaftern

Emnid-Umfrage zeigt: Jetzt Mehrheit gegen die 35-Stunden-Woche

DW. **Köln**

Die Forderung der IG Metall und anderer Arbeitnehmerorganisationen nach Einführung der 35-Stunden-Woche wird offensichtlich auch von Gewerkschaftsmitgliedern mehrheitlich verworfen. Das Ergebnis einer Meinungsumfrage des Bielefelder Emnid-Institutes im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall signalisiert einen deutlichen Meinungsumschwung. 47 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, so ermittelten die Meinungsforscher in der zweiten Dezemberhälfte 1983, sprachen sich gegen die 35-Stunden-Woche aus, nur 42 Prozent unterstützten die Gewerkschaftsforderungen.

Noch Anfang Oktober war die Einschätzung anders; damals sprachen sich 53 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden aus, 29 Prozent hielten diese Forderung für falsch. Die Quote der Unentschlossenen unter diesem Personenkreis lag Ende Dezember bei 11 Prozent, Anfang Oktober waren es 17 Prozent.

Der Meinungswandel hat sich nach Auffassung von Gesamtmetall im Dezember beschleunigt, „als die Tarifverhandlungen über die Arbeitszeit in der Metallindustrie aufgenommen wurden und die Arbeitgeber ihr Arbeitszeitprogramm aus Vorruhestand und Arbeitszeit nach Maß vorgelegt hatten".

Bei der Umfrage in der zweiten Dezemberhälfte 1983 hielten insgesamt nur noch 29 Prozent der Arbeitnehmer die Forderung nach fünf Stunden Arbeitszeitverkürzung je Woche mit vollem Lohnausgleich für richtig. 46 Prozent sprachen sich dagegen aus. 25 Prozent waren unentschlossen oder machten keine Angaben.

Die Fragestellung des Emnid-Instituts: „Halten Sie die Forderungen der Gewerkschaften (wie z. B. die der IG Metall) nach einer Verkürzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von derzeit 40 auf 35 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich im Jahre 1984 für richtig oder nicht richtig?"

Auch eine von der IG Metall vorgenommene „Massenbefragung" belegt, daß die von den Arbeitgebern angebotene tarifliche Vereinbarung einer Vorruhestandsregelung bei den Arbeitnehmern auf hohes Interesse stößt. 72 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Senkung der Lebensarbeitszeit zusätzlich zur Verringerung der Wochenarbeitszeit aus.

DER KOMMENTAR

Schaukämpfe

RÜDIGER MONIAC

Als nächste Steigerung in der Affäre um Kießling nun also ein Untersuchungsausschuß. Wem wird es nützen, wenn die Mitglieder des Verteidigungsausschusses in den nächsten Monaten akkurat von vorgeladenen Zeugen, auch von dem vorzeitig entlassenen General selbst, erfragen werden, wie es dazu kam? Skepsis über den Nutzen solcher öffentlichen Enthüllungen scheint angebracht. Seit seinem Bestehen setzte der Bundestag 19mal einen Untersuchungsausschuß ein. Viermal tat der Verteidigungsausschuß, was ihm das Grundgesetz erlaubt, nämlich sich selbst in ein Ermittlungsgremium zu verwandeln. Jetzt geschieht es ein weiteres Mal.

Kenner der Bonner Parlamentsgeschichte erinnern sich: Noch keiner der Untersuchungsausschüsse hatte den Rücktritt eines Ministers zur Folge. Bei den Spionageaffären Guillaume und Lutze waren die Betroffenen in der Regierung, Brandt als Kanzler und Leber als Verteidigungsminister, bereits freiwillig aus dem Amt geschieden, bevor das parlamentarische Ermittlungsverfahren überhaupt in Gang gekommen war.

Niemand in Bonn, auch die SPD nicht, kann froh werden bei dem Gedanken, was alsbald an Widerwärtigem aus der „Szene", an höchst Privatem, das dem betroffenen Menschen allein gehören sollte, und gewiß auch an Unzulänglichkeiten in der Arbeit von MAD und Polizei ans Licht der Öffentlichkeit gewendet wird. Vor allem aber wird der Bundeswehr ein Tort mit derartigen Enthüllungen über einen der drei höchsten deutschen Generale angetan, gar nicht zu reden vom Ansehen der deutschen Streitkräfte bei den Verbündeten, das darunter leiden muß.

Der Oppositionsführer folgert aus der vorzeitigen Zurruhesetzung Kießlings und den entstandenen Wirkungen wohl zu schnell, Ähnliches könne jedermann in unserem Lande widerfahren. Besonders Soldaten und Offiziere, so meint wohl die SPD, seien in Sorge, allein auf Grund von Gerüchten in eine solche Lage geraten zu können. Dahinter versteckt sich eine Verunglimpfung des bei allen Fehlern doch um „saubere Arbeit" bemühten MAD und auch der Gedanke, der Minister selbst habe in einer schwer zu überbietenden Weise fahrlässig gegenüber Kießling gehandelt. Daran lassen sich Vogels parteipolitische Ziele ablesen. Die Wahrheit kann so nicht gefunden werden. Wir müssen uns auf Schaukämpfe einstellen.

Islam-Gipfel: Sieg der Gemäßigten

DW./AFP, **Casablanca/Kairo**

Gegen den Willen mehrerer radikaler arabischer Staaten hat die in Casablanca zu Ende gegangene islamische Gipfelkonferenz Ägypten zu einer Rückkehr in die Organisation eingeladen. Kairo war wegen des Camp-David-Friedensvertrages mit Jerusalem 1979 aus der Islamischen Gipfelkonferenz ausgeschlossen worden.

Zum Abschluß der Tagung beschloß die Konferenz, nach Angaben des marokkanischen Außenministers Abdelwahed Belaziz, Ägypten die Wiederaufnahme unter „Rahmenbedingungen" anzubieten, daß Kairo „die Prinzipien, Regeln und Beschlüsse" der Organisation akzeptiere. Ein eigens zu diesem Zweck gebildetes Komitee soll die Antwort Kairos einholen, auf deren Grundlage dann das Büro der Islamischen Konferenz die formelle „Rehabilitierung" Ägyptens vornehmen soll. Nach Informationen aus Casablanca wurde der Beschluß gegen die Stimmen Libyens, Syriens und Südjemens gefaßt.

Ägyptische Regierungskreise bezeichneten den Beschluß als einen „Sieg des Friedens". Die Konditionen, so ihre Einschätzung, bedeuteten nicht, daß sich Kairo von dem Friedensabkommen von Camp David distanzieren muß. Dies hatte Kairo in der Vergangenheit mehrfach abgelehnt. Regierungskreise in Kairo sehen den Beschluß von Casablanca auch als einen ersten Schritt zu einer baldigen Rückkehr Ägyptens in die Arabische Liga, aus der Ägypten nach dem Friedensvertrag von Camp David ausgeschlossen wurde.

Ost-Berlin – Flucht in die US-Botschaft

dpa/AP, **Berlin**

Sechs Bewohner der „DDR" haben gestern mittag in der Ostberliner Botschaft der USA um politisches Asyl gebeten. Nach Berichten aus Ost-Berlin hatten sie bisher vergeblich Ausreiseanträge gestellt. Die Asylsuchenden sollen gestern abend einen Hungerstreik begonnen haben und entschlossen sein, sich einer möglichen Abschiebung zu widersetzen. Die „DDR"-Behörden haben die Bewachung der Botschaft verstärkt.

Die Asylbewerber – vier Ost-Berliner und ein Ehepaar aus Potsdam im Alter zwischen 19 und 43 Jahren haben der Botschaft einen Brief an US-Präsident Ronald Reagan übergeben, in dem sie um Unterstützung bitten. In einem Schreiben an „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker fordern sie die Ausreisegenehmigung. In dem Brief an Reagan heißt es, sie hätten den „DDR"-Behörden mitgeteilt, „in einen unbegrenzten Hungerstreik" zu treten, da ihnen die Ausreise verweigert werde. Ihr Schritt sei die „letzte, verzweifelte Möglichkeit, unseren Willen nach Übersiedlung in ein demokratisches Land zu bekunden". Sie könnten die „völlige Entwürdigung und Unfreiheit der Menschen in der DDR nicht mehr ertragen."

Zwei der „DDR"-Bewohner hätten bereits wegen versuchter Republikflucht im Gefängnis gesessen, hieß es weiter. Weitere zwei sein Söhne von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit, eine habe einen italienischen Vater und trotz seines italienischen Passes nicht ausreisen dürfen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kleingedrucktes

Von Hans-Herbert Holzamer

Die Datenschützer *schlagen Alarm:* Mit der Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB), so fürchten sie, könnten Banken und Sparkassen einander ab sofort die „Kontenbewegungen zuschanzen". Die vorgenommene Änderung im Kleingedruckten des Vertrages zwischen Bank und Kunde ist indes so dramatisch nicht. Das Auskunftsrecht der Banken hat keine plötzliche Erweiterung erfahren. Es ist vielmehr auf sanften Druck des Bundesaufsichtsamtes juristisch festgezurrt worden, was ohnehin Praxis war.

Das Finanzamt braucht nach wie vor einen Titel gegen den Kunden, um von der Bank Auskunft zu bekommen.

Die Schufa *bekommt* Auskunft, weil der Kunde mit der Eröffnung seines Geschäftskontos zugleich seine Einwilligung hierzu gibt und geben muß. Denn – völlig zu recht – soll verhindert werden, daß Schuldner von Bank zu Bank eilen, Konten eröffnen und sich Kredite geben lassen, die sie nie zurückzahlen können.

Ändern wird sich allerdings ein Punkt, wenn der Kunde jetzt seiner Bank erklärt, daß er der Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen widerspreche. Ein Beispiel: Ein Autofahrer kauft einen Pkw auf Kredit, gibt dem Händler seine Bankverbindung und erklärt: „Ich bin solvent genug, um die Raten zu bezahlen." Dann bittet der Händler seine Bank, bei der Bank des Kunden diese Angaben zu überprüfen. Im Falle des Widerspruchs nun bekommt die auftragende Bank die allgemeine Auskunft – Kunde ist solvent oder nicht – eben nicht. Der Pkw-Kauf kann platzen. Peinlich allein für den Kunden.

Daher verstehen die Banken auch die lautgewordene Kritik nicht. Sie sagen, sie hätten kein Interesse daran, das Bankgeheimnis zu durchlöchern und aus ihren Kunden gläserne Menschen zu machen.

Besteht ein ernsthafter Grund, daran zu zweifeln? Ironie des Schicksals – was die Datenschützer jetzt *kritisieren*, haben sie selbst gefordert. Bislang basierte die Auskunftspraxis auf einer – rechtlich einwandfreien – Usance. Sie bestanden auf einer stärkeren Absicherung in den AGBs, die sie jetzt bekommen haben.

Im übrigen: Die Mitteilung, der Kunde ist solvent oder ist es nicht, hat mit seinen Daten (im Rechtssinn) nichts zu tun.

Veba-Flop

Von Claus Dertinger

Es war ein unglücklicher Einfall, die Teilprivatisierung der Veba gedanklich so eng mit dem neuen Vermögensbildungsgesetz zu verknüpfen. Denn der Flop, der die Plazierung von Veba-Aktien bei den vom 936-DM-Gesetz begünstigten Arbeitnehmer-Sparern zu werden scheint, droht auch die ordnungspolitisch vernünftige Idee einer *Privatisierung* von Staatsvermögen in Mißkredit zu bringen.

Man kann es den Sparern kaum verdenken, daß sie sich so wenig für Veba-Aktien begeistern, die übrigens, was vielen Arbeitnehmern gar nicht klar zu sein scheint, im Anlagenkatalog des 936-DM-Gesetzes keinerlei Sonderrechte gegenüber Aktien anderer Gesellschaften genießen.

Denn diese Aktien müssen für sechs Jahre festgelegt werden, in denen der Anleger hilflos dem Auf und Ab eines Unternehmens und der Börse ausgesetzt ist. Steuert ein Unternehmen der Pleite zu, kann der 936-DM-Aktionär nicht aussteigen, ohne seine Vorteile zu verlieren.

Es ist ein Konstruktionsfehler im Gesetz, daß es nicht wenigstens den Tausch in andere Aktien zuläßt. Schließlich dürfen ja auch Investmentgesellschaften, deren Aktienfonds-Anteile ebenfalls vom aufgestockten Vermögensbildungsgesetz begünstigt sind, ihre Aktienvermögen umschichten.

Ein Konstruktionsfehler ist es auch, daß nach dem neuen Gesetz zusätzliche Anlagen in Gewinnschuldverschreibungen und Genußscheinen erlaubt sind, die keine echten Beteiligungen und *damit* risikoloser als Aktien sind. Kein Wunder, daß die Sparer solche Anlagen vorziehen. Doch das ist eine Perversion der vermögenspolitischen Zielsetzung, Arbeitnehmer am Produktivkapital zu beteiligen und der Wirtschaft so mehr Risikokapital zur Finanzierung innovativer Investitionen und damit der Wettbewerbsfähigkeit zuzuführen.

Der Gesetzgeber hat gute Chancen verschenkt. Und man kann die Banken nicht einmal tadeln, daß sie jetzt nicht die Werbetrommel für Veba- und andere Aktien rühren. Daß dabei auch kurzsichtige Kostenüberlegungen eine Rolle spielen, steht auf einem anderen Blatt.

Rücktritte – anderwärts

Von Manfred Neuber

Der Verteidigungsminister ist zurückgetreten, aber die Generale stehen noch immer auf Kriegsfuß mit der Regierung – in Kolumbien. Präsident Belisario Betancur muß den Primat der Politik über das Militär verteidigen.

Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte ging Betancur in der ersten Sitzung des neugeschaffenen Nationalen Sicherheitsrates mit der Militärführung des Landes scharf ins Gericht, weil sie seinen Kurs der Aussöhnung angreift. Die Generale wollen die Guerrilla *militärisch* besiegen.

Das Verhältnis zwischen dem konservativen Präsidenten und seinem Verteidigungsminister war seit Monaten gespannt. Nach der Maßregelung reichte General Landazabal unverzüglich den Rücktritt ein und quittierte den aktiven Dienst. Er hält die Amnestie, die Frieden schaffen soll, für verfehlt.

Sein Nachfolger als Verteidigungsminister, General Matamoros d'Costa, setzte sich sofort über die Mahnung des Präsidenten hinweg, die Militärs sollten sich nicht in die Tagespolitik einmischen. Genau das tat Matamoros mit der Erklärung, eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba sei „moralisch unmöglich".

Wie lange kann der Präsident noch den Gehorsam der höchsten Offiziere erzwingen? Wäre seine Position stärker, hätte Betancur bei dieser Wachablösung einen Zivilisten ins Verteidigungsministerium berufen. Drei scharfe Widersacher nahmen unterdessen freiwillig ihren Abschied: der Stabschef der Streitkräfte und die Befehlshaber von Heer und Luftwaffe.

Es sind nicht nur einige Generale, denen die ganze Richtung in Bogotá nicht paßt; in der Armee herrscht große Unzufriedenheit darüber, daß Guerrillaführer in Presse und Fernsehen zu Wort kommen und die Sicherheitskräfte publizistisch in die Defensive geraten. Wie wenig das Amnestie-Angebot und die „Friedenskommission" der Regierung bewirkt haben, belegte der Heeres-Kommandeur, General Jaramillo Berrio, mit diesen Zahlen: Gegenwärtig sind 59 Entführte in der Hand der Guerrilla, voriges Jahr wurden 20 Millionen Mark Lösegeld erpreßt und 232 Bauern ermordet.



Minister Auf Drahtseil (MAD) ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Staatsdiener

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Sprechen wir nicht von den „Hermelinläusen", als welche die wakkeren Mitstreiter eines Ministerbüros bezeichnet werden, Beamte also, die das besondere Vertrauen ihres Ministers genießen, mithin den politischen Überzeugungen des hohen Herrn nicht gänzlich fern stehen. Es muß sie geben, wenn unser Regierungssystem funktionieren soll. Sprechen wir auch nicht von den politischen Beamten, die es aus gleichem Grund ebenfalls geben muß; widersprechen wir allerdings der Tendenz, den Kreis der politischen Beamten auszuweiten, um so der Ämterpatronage nach der Tür auch das Tor zu öffnen.

Zu sprechen ist jedoch von den „Seilschaften" in den Ministerien, jenen parteipolitisch fixierten Riegen, die nicht selten ihrem Minister, gar der ganzen Regierung, verdeckt, aber nicht ohne Erfolg entgegenarbeiten. Sprechen wir vor allem von dem Zustand, den nach einem Regierungswechsel der neue Minister vorfindet, wenn er „sein Haus" übernimmt: Politisch kann er sich vielleicht auf zehn oder fünfzehn Prozent seiner Beamten vorbehaltlos verlassen; die große Mehrzahl hingegen hat sich während der langen Amtszeit der vorausgegangenen Regierung politisch anders orientiert, nicht wenige Beamte auch parteipolitisch – mit Parteibuch.

Wie soll ein Minister seinen Teil des vom Parlament beschlossenen Regierungsprogramms durchziehen, wenn er davon ausgehen muß, daß der Großteil seiner Beamten ihm politisch mit Skepsis, nicht wenige sogar ablehnend gegenüberstehen? In der Theorie löst sich dieser Konflikt denkbar einfach auf. Der Beamte, dem das Grundgesetz die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" verbürgt und dem die „wohlerworbenen Rechte" die in der Weimarer Verfassung noch verbrieft waren, auch heute nicht ernstlich streitig gemacht werden, dient nicht wie zu Kaisers Zeiten einem Herrn, auch nicht einer Partei, sondern „einem sachlichen Zweck, der durch seinen Amtsauftrag umschrieben ist" (Konrad Hesse). Oder zitieren wir Professor Josef Isensee: „Der Beamte schuldet nicht politisches Engagement, sondern rechtlichen Gehorsam". Die Exekutive müsse jeder verfassungsmäßigen Regierung Loyalität entgegenbringen: „Loyalität bedeutet unvermeidlich parteipolitische Neutralität".

So einfach ist das in der Theorie. In der Praxis besteht jedoch Anlaß zu der Sorge, daß nichts das Berufsbeamtentum mehr gefährdet als der krakenhafte Zugriff der Parteien auf die Staatsdiener. Ohnehin ist zu fragen, was denn die ausufernde Ausdehnung der Parteienmacht in unserer Republik rechtfertigt. Als die Väter des Grundgesetzes in unsere Verfassung den Satz schrieben, daß die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, hatten sie keineswegs vor, den von ihnen gewollten repräsentativen Parlamentarismus einer parteienstaatlichen Demokratie auszuliefern. Noch weniger hatten sie vor, die demokratisch beschlossenen Staatswillen verpflichtete Loyalität der Beamten zur Loyalität gegenüber einer bestimmten Partei verkümmern zu lassen. Aber just daran wirken die Parteien mit. Ihr probates Mittel ist die Ämterpatronage. Ernst Benda, bis vor kurzem Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat sie als „schlicht und einfach verfassungswidrig" bezeichnet.

Gleichwohl geschieht das Verfassungswidrige offenbar in erheblichem Ausmaß. Wegen der Kürze der Zeit liegen hinreichende Informationen über entsprechende Aktivitäten nach der letzten Regierungsbildung noch nicht vor. Aber man kann auf eine Untersuchung aus dem Jahre 1974 zurückgreifen, die zu dem Ergebnis kam, im Bund wie in den Ländern konzentriere sich die Parteimitgliedschaft von Beamten auf die Regierungsparteien, und dort, wo die Regierung gewechselt habe, sei die große Mehrzahl leitender Beamter mit richtigem Parteibuch erst nach der Wachablösung in die gehobenen Positionen eingerückt. Beim Bund soll das damals, so wurde berichtet, bei etwa 80 Prozent der Unterabteilungsleiter der Fall gewesen sein. Isensee sprach einmal von dem „cleveren Charakterchamäleon", das die Palme des beruflichen Erfolges davontrage.

Es wäre jedoch verfehlt, sich zur Beamtenbeschimpfung hinreißen zu lassen. Den Staatsdienern wird das Erfolgssystem vorgegeben, und man kann ihnen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Erfolg haben wollen. Die Schuld trifft diejenigen, die eine solche Personalpolitik betreiben, und das sind über die jeweiligen Minister die Parteien.

Die Motive der Parteizentralen sind offensichtlich. Ihnen geht es immer um Ausübung von Macht, auch oder gerade dann, wenn eine andere Partei am Ruder ist. Isensee beschreibt die Folgewirkung: „Eine neue Regierung, die als Hinterlassenschaft ihrer Vorgängerin auf einen parteipolitisch homogenen öffentlichen Dienst als oppositionelle Phalanx trifft, neigt um der politischen Selbstbehauptung willen dazu, gegenzusteuern dadurch, daß sie ihrerseits protegiert". So dreht sich das Karussell immer weiter.

Der Übelstand verschlimmert sich noch, weil die Parteien – die eine mehr, die andere weniger – zur Domäne des öffentlichen Dienstes werden. Mehr und mehr wird die sogenannte Basis, in Wirklichkeit die Delegierten- und Funktionärskader, von Beamten und Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden usurpiert. Der gallige Spott „Der öffentliche Dienst ist fest in der Hand des öffentlichen Dienstes" (Wagener) zielt auf die Folge: Die Staatsdiener beherrschen die Parteienkader, ziehen in die Parlamente ein und kontrollieren als Abgeordnete die eigene Zunft.

Die Schwierigkeit einer wirksamen Abhilfe liegt darin, daß die Machenschaften der Ämterpatronage kaum je aufgedeckt werden. Das muß aber nicht so bleiben. Die Presse – gemeint sind alle Medien – hat die Pflicht, hier intensiver als bisher Öffentlichkeit herzustellen. Die klammheimlichen Verfassungsbrüche derer, die der Verfassung Hüter sein sollen, müssen unterbunden werden.

Vom krakenhaften Zugriff der Parteien: Beamte FOTO: MANFRED VOLLMER

IM GESPRÄCH General Tschiang

Stratege mit großem Ruf

Von Peter Hornung

Er spricht ein perfektes Deutsch. Aber mit deutlich bayerischer Färbung. Wego Wei-Kuo Tschiang, der jüngere Sohn Tschiang Kaischeks hat von 1937 bis 1939 einen Generalstabslehrgang an der Kriegsschule in München besucht. Als junger Leutnant nahm er 1938 mit dem Gebirgsjägerregiment 98 unter dem damaligen Oberst Schörner am Einmarsch der Wehrmacht in Österreich teil. Heute ist General Wego Wei-Kuo Tschiang Präsident der Universität der Streitkräfte in Taipei. Sie ist die Kaderschmiede für die militärischen Eliten der 464 000 Mann starken Armee Nationalchinas. Diskret kommen als Gasthörer die befähigsten Generalstabsoffiziere aus dem fernöstlichen Raum. General Wego und sein Lehrkörper genießen einen bereits legendären Ruf als Strategie-Analytiker und Kriegsphilosophen.



Kühle Analyse der westlichen Optionen: General Tschiang FOTO: AP

Der militärische Tschiang-Kaischek-Erbe: „Nationalchina schützt die westliche Flanke der maritimen Sicherheitszone südlich von Japan und garantiert damit zugleich die Sicherheit Japans. Nationalchina schützt den Zugang zum Südchinesischen Meer, dem Mittelmeer des Fernen Ostens. Nationalchina ist das Sprungbrett nach Südostasien, dem Nordafrika des Fernen Ostens. Demzufolge garantiert es die Sicherheit der Straße von Malakka, dem Suezkanal des Fernen Ostens. In strategischer Hinsicht hat Südostasien also nach dem Fall der indochinesischen Halbinsel, dem Italien des Fernen Ostens, an Bedeutung zugenommen. Dadurch wurde es – um das Gleichnis fortzuspinnen – zum Gibraltar der Region – strategisch allerdings wesentlich wichtiger als das eigentliche Gibraltar, mit seiner Lage am westlichen Zugang des Mittelmeers."

Als die USA unter dem Vietnamschock fahrig und ohne den großen strategischen Entwurf nach neuen Lösungen für die asiatische Gegenküste suchten, sezierte General Wego kühl und richtungsweisend die Optionen der westlichen Supermacht. Vier mögliche Verteidigungslinien entwarf der heute Siebzigjährige. Dabei ging er von der Voraussetzung aus, daß die Weite der Ozeane heute keine absolute Verteidigungsmöglichkeit mehr biete: Die Vereinigten Staaten seien gezwungen, ihren Blick über die Ozeane hinweg, auf die Küsten der beiden Kontinente Europa und Asien zu richten. Als erste und theoretisch idealste Linie bezeichnete er die Grenzen der nordöstlichen Provinzen Chinas, entlang der Äußeren Mongolei bis zur Provinz Sinkiang. Diese Linie bleibt eine Fiktion, solange an ihr die kommunistische „Volksbefreiungsarmee" Pekings steht.

Die zweite Linie verläuft von Peking durch Lantschou nach Tibet. Auch sie kommt aus obigen Gründen nicht in Betracht. Abseits der Küste verläuft die dritte Linie, auch Umfassungslinie genannt. Sie beginnt in Südkorea und Japan, geht über Formosa nach Singapur und Thailand. Der schwächste Kompromiß wäre die Linie über Japan und die Ryukyu-Inseln zu den Marianen und Neu-Guinea. Ohne den Vorposten Nationalchina würde sie nicht mehr den Namen einer insularen Gegenküste verdienen.

Obwohl der Größe nach nur ein Fünftel der „Volksbefreiungsarmee", haben die nationalchinesischen Streitkräfte mit ihren luftbeweglichen Brigaden die zwölffache Feuerstärke – dank Wego.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Mehr als Homosexualität stehe hinter dem Fall Kießling, schreibt die Londoner Zeitung:

Hinter der ungeschickt behandelten Affäre steht eindeutig mehr, als bisher ans Licht kam. Wörner hat möglicherweise etwas davon preisgegeben, als er zugab, daß General Kießlings schlechtes Arbeitsverhältnis zu General Bernard Rogers, dem NATO-Oberbefehlshaber und seinem unmittelbaren Vorgesetzten, eine Rolle bei der unehrenhaften Entlassung spielte. Doch Vorsicht vor einem Mann, der zwei verschiedene Entschuldigungen für seine Handlungen braucht. General Rogers bestreitet jede Beteiligung an dem Niedergang seines Stellvertreters, und wie es jetzt scheint, wurde General Kießling ohne guten Grund ruiniert. Das unangezweifelte Wort eines Ministers ist nicht genug. Wörner sollte Kießling sofort jenen Untersuchungsausschuß genehmigen, um den dieser als Ehrenmann bat. Und wenn dieser ihn freispricht, sollte der Minister zurücktreten.

LA REPUBBLICA

Die römische Zeitung meint, daß die Absprachen zwischen der SPD und den Grünen in Hessen die innenpolitische Landschaft in der Bundesrepublik verändern:

Hessen erneut vorn wie in den 50er und 60er Jahren, als das sozialdemokratisch regierte Bundesland mit einer Politik der Reformen experimentierte, die sich der konservativen Politik Adenauers entgegenstellte? Die Vereinbarung, die in diesen Tagen in Hessen zwischen der SPD und den Grünen getroffen wurde, ist sicherlich nicht unbedeutend für die deutsche Politik. Es könnte der erste Schritt zu jener Mehrheit links der Mitte sein, die laut Willy Brandt potentiell im Land existiert. Diese Zusammenarbeit könnte gleichzeitig ein Gegengewicht und eine Alternative zur christdemokratisch-liberalen Koalition werden, die in Bonn regiert. Aber: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, sagt ein Sprichwort. Und der Abend ist für die SPD und die Grünen in Hessen noch entfernt.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es zur Stockholmer Konferenz:

Noch grollte der Donner, den der sowjetische Außenminister Gromyko mit seinen scharfen antiamerikanischen Ausfällen ausgelöst hatte, über Stockholm. Da begann sich auch schon abzuzeichnen, daß es sich um einen Theaterdonner handelt, der nun einmal zur Ausstattung einer Weltmacht gehört, die ihr Gesicht wahren muß. Wahrscheinlich werden bereits im März in Wien die Verhandlungen über einen Truppenabbau wieder aufgenommen. Die Sowjets haben ferner signalisiert, daß sie – unter anderem Etikett – in einer neuerlichen Gesprächsrunde über Interkontinentalraketen auch die Einbeziehung der eurostrategischen Mittelstreckenraketen tolerieren würden. Die zähneknirschende sowjetische Anpassung an den Gang der Dinge fällt nicht vom Himmel.

Eine neue Runde im Wettlauf der Weltraum-Waffen

Die Amerikaner erproben erstmals ihr Antisatellitensystem / Von Adalbert Bärwolf

Der Pilot eines himmelblau gepinselten amerikanischen Höhenjägers vom Typ McDonnel Douglas F-15 wird in den nächsten Tagen über dem Pazifik vor der kalifornischen Küste seine Maschine um die Querachse ziehen und einen Punkt am Himmel anpeilen. Auf Knopfdruck wird sich dann ein zigarrenförmiger Körper vom Bauch des Jägers lösen und feuerspeiend durch die Stratosphäre in Richtung Weltraum rasen. Es ist der Augenblick, in dem eine neue kosmische Waffenrunde beginnt.

Das zigarrenförmige Gebilde unter dem Bauch der F-15 ist der zweistufige Booster der US-Antisatellitenwaffe des Projektes 1005. Nach langer Inaktivität der USA auf diesem Waffensektor und deutlicher Dominanz der Sowjetunion mit ihren „Killer"-Satelliten hat Amerika jetzt eine Antisatellitenwaffe entwickelt, die mit ihrer raffinierten Hochtechnologie von langweiligen Infrarot-Detektoren, Mikroprozeßrechnern und Laserkreiseln die russischen „Killer" technologisch aussspielt. Die Antisatelliten Moskaus müssen von einem fixen Punkt auf der Erde mit umfangreichen logistischen Einrichtungen gestartet und in mehreren Runden um die Erde an den Zielsatelliten mit Hilfe von Radar herangeführt werden. Erst dann sprengt sich der Abfangsatellit in die Luft. Die Einzelteile, die schrapnellartig davonfliegen, vernichten den gegnerischen Kunstmond.

Das amerikanische Konzept ist wesentlich eleganter und bietet durch die Mobilität der Startrampen die optimale Möglichkeit, gegnerische Satelliten mit unterschiedlichen Bahnneigungen bekämpfen zu können. Die F-15 ist die fliegende Startrampe, die schnell an Startpunkte verlegt werden kann, die von den feindlichen Satelliten überflogen werden. Nach dem Ausbrennen des zweistufigen Boosters wird der eigentliche Antisatellit ausgestoßen, der sich mit Hilfe der Hochtechnologiesensoren und Dutzenden von kleinen Feststoffraketen an den Feindsatelliten heranarbeitet. Die Lenktechnik ist so ausgeklügelt, daß der Antisatellit seinen genauen Kollisionskurs findet und das Ziel rammt.

Das ist die technische Seite. Auf der politischen Seite hatte die Sowjetunion in einem Propagandamanöver im letzten Sommer vor Aufnahme der schon für letzten August geplanten Versuchsreihe der Amerikaner einen Teststopp für Antisatellitenwaffen vorgeschlagen. Andropow verkündete ein einseitiges Moratorium, und vor der UNO legte Moskau einen Vertragsentwurf zum Verbot von Weltraumwaffen vor.

Die Regierung Reagan hält nichts von solchen Verhandlungen solange nicht sicher ist, daß ein solches Abkommen auch verifiziert werden kann. Washington ist darüber besorgt, daß Antisatellitensysteme vor den optischen Sensoren der kosmischen Aufklärer verborgen werden könnten.

Nun hat der Kongreß dem Präsidenten allerdings die Auflage gemacht, die letzte Phase der jetzt beginnenden Testserie mit dem tatsächlichen Rammen von Zielsatelliten erst dann auszuführen, wenn das Weiße Haus ernsthafte Bemühungen um einen verifizierbaren Vertrag mit Moskau belegen kann. Es wird außerordentlich behutsam vorgegangen werden müssen, da das Kapitel Antisatelliten ungeheure Dimensionen im kosmischen Waffenwettlauf eröffnen kann.

Heute sind die Sowjets mit ihren „Killer"-Satelliten, so primitiv diese auch sein mögen, im Vorteil. Morgen könnten die Amerikaner den Russen mit Verwirklichung des Projektes 1005 zeitweilig davonlaufen, weil die Sowjets die miniaturisierte Hochtechnologie nicht beherrschen. So wie auf der Erde die nukleare Balance entscheidend ist, so muß auch das kosmische Gleichgewicht gehalten werden.

Die Antisatellitentechnik steht erst am Anfang der Entwicklung, obgleich sie schon 25 Jahre alt ist. 1959 startete ein Boeing-Bomber B-47 eine Rakete, die im Rahmen des Projektes „Bold Orion" ein künstlichen Satelliten Explorer-6 abzufangen versuchte. Aus Europa abgezogene Mittelstreckenraketen vom Typ Thor standen Mitte der 60er Jahre bis 1975 in Kalifornien bereit, mit atomaren Ladungen Sowjetsatelliten zu zerstören. Dann setzten die Sowjets mit ihren „Killern" von 1968 an Satelliten zur Vernichtung von Satelliten ein.

Die Geschichte der Waffentechnik hat gezeigt, daß ein gewisser zeitlicher Vorsprung sich durch das Hinterherrennen des anderen auch in einen Nachteil umkehren kann. Ende der 60er Jahre hatten die Amerikaner als einzige nukleare Mehrfachsprengköpfe. Moskau konnte das technische Tempo nicht mithalten. Da nur die Träger gezählt wurden, konnten die amerikanischen Raketen mehr Köpfe befördern. Heute können die sowjetischen Raketen mehr Köpfe befördern, da die Träger schubstärker sind und weiterhin nur Träger gezählt werden. Amerika muß aufpassen, daß sich diese Umkehr von technischem Vorteil in strategischen Nachteil nicht auch in kosmischen Räumen vollzieht.

Eine stürmische Woche in Bonn: Die „Affäre Kießling“ wird zur Belastungsprobe für das Verteidigungsministerium

Der „Fall Wörner“ oder Warum die Krise vermeidbar war

Wie immer das politische Schicksal von Verteidigungsminister Wörner aussehen wird: Die „Affäre Kießling“ hat Fehler offenbart, die personelle und sachliche Konsequenzen auf der Hardthöhe unabdingbar erscheinen lassen.

Von MANFRED SCHELL

Die Affäre, wie sie sich um die Entlassung des Vier-Sterne-Generals Günter Kießling kristallisiert, ist ohne Beispiel, eine Tragödie mit allen Elementen, die ein sensationslüsternes Publikum aufstacheln: Minister Wörner steht vor dem Abgrund, Kießling kämpft um seine Ehre, Intrigen und Schlampereien des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) werden publik, Bestechungsvorwürfe werden erhoben und widerlegt und schließlich, im Hintergrund, das schillernde Milieu von Homosexuellen-Lokalen.

Das Ganze ist gewiß unappetitlich, aber politisch hochexplosiv. Bundeskanzler Helmut Kohl und Wörners Kabinettskollegen fragen sich seit Tagen, wie der Bundesverteidigungsminister, der eben noch erfolgreich die Nachrüstungsdebatte bestanden hat, in diese Situation kommen konnte. Unbestritten ist, daß Wörner im September und Dezember letzten Jahres im Rahmen des Rechts gehandelt hat, als er Kießling in den einstweiligen Ruhestand schickte. Wörner, das werden ihm auch seine politischen Widersacher abnehmen, war außerdem aufgrund dessen, was ihm an Belastungsmaterial gegen Kießling auf dem Tisch lag, subjektiv von der Richtigkeit seiner Entscheidung überzeugt.

Der MAD verpatzte die „elegante Lösung“

Der Minister hat es gut mit dem General gemeint. Er wollte eine „elegante Lösung“, vor allem im Interesse Kießlings und der Bundeswehr. Aber er wurde von den Recherchen des MAD und dem Drängen seiner Berater überrollt. Hierin dürfte Wörners erster Fehler liegen. Er hätte – wie ihm nun vorgeworfen wird –, als er erstmals von dem Zerwürfnis zwischen Kießling und NATO-Oberbefehlshaber Rogers hörte und der MAD ihm erstmals am 14. September 1983 über die „Identifizierung“ Kießlings in der Kölner Homo-Szene berichtete, ohne Zögern und Begründung den General nach Paragraph 50 Soldatengesetz entlassen müssen.

Dies haben auch frühere Verteidigungsminister getan; niemand hätte Wörner deshalb Vorwürfe machen können. Statt dessen traf der Minister mit Kießling ein Arrangement über die Entlassung am 31. März 1984. Es hat nicht gehalten, weil der Fall an die Öffentlichkeit gespielt wurde und, was schwerer wiegt, Kießling sich nicht an die Absprache hielt.

Schon aus dieser Zeit sind Fragen an Kießling geblieben: Warum hat er diese Vereinbarung akzeptiert und – was er heute so vehement einfordert – damals darauf verzichtet, die Belastungszeugen, und sei es bei einer Gegenüberstellung, kennenzulernen? Warum hat er darauf verzichtet, weitere Nachforschungen Wörners zu seiner Entlastung zu fordern? Er muß auch erklären, warum er, wie Wörner darlegte, „etwa 200 Tage innerhalb eines Jahres“ von seinem Dienstort abwesend war. In internen Beratungen war auch die Rede davon, Kießling habe 22 Fahrten nach Köln unternommen. Zu welchem Zweck? Wozu brauchte er einen BND-Ausweis mit falschem Namen?

Minister Wörner beschloß am 8. Dezember die Trennung von Kießling schon zum 31. Dezember 1983. Für ihn waren zwei Ereignisse ausschlaggebend: Kießling hatte sich nicht an Vereinbarungen gehalten, und, was wohl dominierte, der von einer Operation genesene Staatssekretär Hiehle, für MAD-Angelegenheiten zuständig, forderte aus „Sicherheitsgründen“ die frühere Entlassung des Generals.

Hiehle war am 2. November vom Krankheitsurlaub zurückgekommen. Am 4. November war ihm die Akte Kießling auf den Tisch gekommen. Am 6. Dezember berichtete MAD-Chef Brigadegeneral Behrendt fälschlicherweise, Kießling sei als Besucher der Homo-Lokale „eindeutig identifiziert“. Um diesem Bericht noch mehr Zuverlässigkeit zu geben, versicherte Behrendt: „Das LKA ist gegebenenfalls bereit, durch polizeiliche Maßnahmen – Gegenüberstellung – die Beweisführung anzutreten.“ Der stellvertretende Generalinspekteur Generalleutnant Walter Windisch forderte, es sei „zwingend geboten, zu beurteilen“, daß Kießling die Sicherheitsermächtigung der Stufen I und II zu entziehen sei. „Ermessungsspielraum“, so Windisch, gebe es dabei nicht. Am 8. Dezember trägt Hiehle in diesem Sinne bei Wörner vor, und dieser entscheidet auf Entlassung schon Ende 1983. Am 5. Januar 1984 wird dieser Vorgang dann publik.

Inzwischen sehen sachkundige Abgeordnete in der Tatsache, daß sich Wörner von Hiehle zur Entscheidung drängen ließ, eine Schwäche. Hiehle, das hatte sich schon in der Tornado-Affäre um den früheren Minister Hans Apel (SPD) herausgestellt, gilt als korrekter Beamter, aber ohne politisches Gespür. Wörner hätte vielmehr, so argumentieren Kritiker, die Zeit „überbrücken“ müssen. Er hätte Kießling den Sicherheitsbescheid entziehen können und ihn doch erst am 31. März 1984 entlassen sollen, weil er ohnehin kein Geheimmaterial in die Hände bekommen hätte. Aber diese Ratschläge sind im nachhinein leicht zu geben.

Wörner selbst hat zu keinem Zeitpunkt gesagt, eine „homosexuelle Veranlagung“ Kießlings sei für ihn ausschlaggebend gewesen. Kießling selbst hat in seiner Verteidigung das Homo-Thema „öffentlich bewußt“ gemacht. Wörner hingegen nennt Sicherheitsgründe, ausgelöst durch den angeblichen Besuch Kießlings in Homo-Lokalen. Während Wörner auf dem Weg vom Urlaub nach Bonn war, um die aufkeimende Diskussion zu beeinflussen, wurde die Presse mit Indiskretionen gefüttert.

Das Bundesverteidigungsministerium hat in dieser Phase versäumt, seine Argumentationslinie zur Geltung zu bringen. Es hat zu lange geschwiegen und überließ das Feld dem entlassenen General Kießling, der sich zur Wehr setzte und mit dem „Ehrenwort des Offiziers“ homosexuelle Neigungen bestritt. So war Wörner in den Zwang geraten, seine Entscheidung hieb- und stichfest begründen zu müssen.

Der MAD, auf den er sich verlassen hat, mußte widerrufen. Das Landeskriminalamt war nicht eingeschaltet, jedoch Beamte der Kölner Polizei. Die Zeugen, die Kießlings Aufenthalt in der Homo-Szene bestätigen, stammen zwangsläufig aus diesem Milieu und haben nicht den besten Ruf. Aber wer sonst könnte Zeugnis ablegen? Von der Bewertung dieser Zeugenaussagen und den Berichten der ermittelnden Polizeibeamten wird es abhängen, ob Wörner im Amt bleiben kann.



Gefährten im Panzer: Helmut Kohl und Manfred Wörner (unten) FOTO: DPA

Reichen Autorität und Vertrauen noch aus?

Er selbst und der Bundeskanzler werden sich unabhängig davon fragen, ob die Autorität des Ministers durch diese Affäre unversehrt geblieben ist. Vor sechs Jahren, bevor Verteidigungsminister Leber (SPD) über MAD-Praktiken stürzte, hatte der Oppositionsführer Kohl im Bundestag gesagt: „Wenn ein Bundesminister für sein Amt Autorität und Vertrauen braucht, dann ist es der Bundesminister für Verteidigung.“ Helmut Kohl hat häufig bewiesen, daß er treu zu seinen Mitstreitern steht und dafür auch „Prügel“ in den Medien hinnimmt. Aber, wer den Kanzler kennt, weiß, daß er eine Dauerbelastung für die Bundesregierung nicht ertragen will.

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses dürfte aber zwangsläufig bedeuten, daß Wörner im Amt bleibt, schon um sich vor diesem Gremium zu rechtfertigen. Sollte es jedoch zu einem schnellen Wechsel kommen, wäre Alfred Dregger der neue Bundesverteidigungsminister. Ein anderer ist für dieses Amt nicht in Sicht.

Unterstellt, Wörner bleibt auf seinem Posten, dann erwartet auch der Bundeskanzler von ihm, daß er seinen Apparat neu ordnet. Staatssekretär Hiehle, der sich, dem Zusammenbruch nahe, krank gemeldet hat, dürfte nicht mehr auf die Hardthöhe zurückkehren. Mit einer Ablösung müssen auch der stellvertretende Generalinspekteur Windisch und MAD-Chef Behrendt rechnen. Die MAD-Obristen Hüttelmeier, Schröder und Kluss, die, auf unterschiedlichen Positionen, Sensibilität vermissen ließen, haben im Dienst – so scheint es – keine Zukunft mehr. Der MAD braucht nach Ansicht von Sachkennern eine gänzlich neue Führung, wenn er noch bestehen will. Ohne sie liefe Wörner Gefahr, alsbald wieder Opfer des Abwehrdienstes zu werden.

Wiederholt ist in den letzten Tagen die Spekulation aufgekommen, im MAD sei Wörner „eine Falle“ gestellt worden. Diese Theorie wird wohl nicht beweisbar sein, aber sie hat doch einiges für sich. Merkwürdig ist zum Beispiel, daß ein Stabsfeldwebel die Ermittlungen mit der Polizei abstimmte und keiner der höheren Chargen im Abwehrdienst die Ergebnisse geprüft und „wasserdicht“ gemacht hat. Es hinterläßt ein ungutes Gefühl, daß die Recherchen unter der Erstzuständigkeit von MAD-Oberst Kluss geführt wurden, der im Bundestagswahlkampf 1980 gegen die Union gekämpft hat.

Vieles bleibt, zumindest vorerst, noch undurchsichtig. Kießling hat mehrfach sein „Ehrenwort“ verpfändet, das vor allem für ältere Offiziere einen besonderen Stellenwert hat. Im alten Preußen hat ein Offizier, dessen Ehrenwort nicht standhielt, die Pistole genommen. Inzwischen hat Kießling seine Aussagen auch in einer eidesstattlichen Versicherung dargelegt. Außerdem klagt er gegen die Pensionierung. Wörner und der General a. D. sind überzeugt, daß sie sich mit ihren Argumenten in diesem hochpolitischen Kampf durchsetzen werden. Aber es liegt in der Natur der Zweikämpfe, daß es einen Verlierer geben wird.

Als Fachmann unbestritten, als Politiker ohne Fortüne

Durch die Truppe ging ein Aufatmen, als Manfred Wörner im Herbst 1982 Minister wurde. Dem Kampfflieger wird großes Verständnis für soldatische Belange bescheinigt. Seine Schwäche: Wenn er helfen will, macht er Fehler.

Von RÜDIGER MONIAC

War es eine Vorahnung? Kaum hatte Manfred Wörner sein Amt als Verteidigungsminister im Oktober 1982 angetreten, sagte er über sich: „Ich habe meine Fehler immer dann gemacht, wenn ich mich für andere engagierte.“ Damals urteilte er so, weil er sich noch zu Georg Lebers Amtszeit im heißen Wahlkampf gegen des Ministers Position für eine Erhöhung der Fliegerzulage der Jet-Piloten ausgesprochen hatte; und das, obwohl er in Fürstenfeldbruck als Flugzeugführer bei der Luftwaffe übte und damit in Uniform seinen Dienstherrn kritisierte.

In einem anderen Fall erschien sein Fehler noch gewichtiger. Er stellte sich vor den Flieger-General Krupinski, weil dieser bei einem Traditionstreffen auf dem Luftwaffenhorst Bremgarten beim Aufklärungsgeschwader „Immelmann“ mit Angehörigen des gleichnamigen Stuka-Geschwaders aus dem Weltkrieg entgegen ausdrücklicher Weisung der Hardthöhe auch den ehemaligen Kommodore Rudel eingeladen hatte, obwohl Rudel nach dem Krieg häufig die „guten Zeiten“ unter Göring gepriesen hatte.

Auch heute wieder könnte Wörner seine Neigung, sich für andere zu engagieren, zum Verhängnis werden. Die „Affäre Kießling“ holt den Minister ein, und paradoxerweise deshalb, weil er den General auf eine Weise entließ, die nicht nur Schaden vom Lande abwenden, sondern auch des Generals Interessen wahren sollte. Als das Aufsehen um die vorzeitige Pensionierung in der ersten Woche des Jahres anschwoll, bemerkte ein Beobachter voller Mitgefühl für den Verteidigungsminister: „Er wollte nur das Beste. Was immer er aber tut, es wendet sich gegen ihn. Das hat Züge einer klassischen Tragödie.“

Wörner selbst weiß das wohl. Und trotzdem kämpft er seit Tagen verbissen fast, mit aller Kraft und phasenweise auch mit Fortüne für sein politisches Überleben im Kabinett des Kanzlers Kohl. Was hat er sich vorzuwerfen? Einen General, den er als Ratgeber in Militärfragen schätzte und auch privat einlud, als Disziplinarvorgesetzter nicht entschieden genug auf seine Pflichten verwiesen zu haben? Dem „Apparat“ der Hardthöhe zu sehr und fast blind vertraut zu haben, der ihm – wenn sie denn wahr sein sollten – „ungeheuerliche Erkenntnisse“ über einen der höchsten Offiziere der Bundeswehr zutrug? Oder so naiv gewesen zu sein zu glauben, die unehrenhafte und mit Geheimniskrämerei belastete Entlassung des Generals sei vor der Öffentlichkeit zu vertuschen?

Wahrscheinlich von allem etwas. Wörner schenkt Vertrauen, glaubt trotz parteipolitischer Interessen mancher auf der Hardthöhe an deren Loyalität und fast preußische Pflichtauffassung und ist auf eine Weise den Soldaten zugetan wie vorher in diesem Amt nur noch Georg Leber.

Manfred Wörner hat seit seiner Jugend einen Hang zum Soldatischen gehabt – trotz eines schrecklichen Erlebnisses im Krieg. Zusammen mit seiner Mutter wurde er als Junge bei einem Bombardement im Luftschutzkeller des Elternhauses verschüttet. Nach dem Abitur, das der 19jährige 1953 in Stuttgart machte, studierte er Jura und promovierte anfangs der sechziger Jahre über das Thema „Strafgerichtsbarkeit über Truppen auf befreundetem Staatsgebiet“. Nebenher engagierte er sich gleich nach der Schulzeit in der Jungen Union, bald bei der CDU, wurde Parlamentsberater beim Stuttgarter Landtag, und Assistent in der politischen Bildungsarbeit der Partei. 1965 kam er für den Wahlkreis 167 (Göppingen) in den Bundestag und war mit 31 Jahren damals der Jüngste seiner Fraktion.



Fliegen ist seine große Leidenschaft: Pilot Manfred Wörner FOTO: WEREK

Ein Jahr früher hatte es Wörner, ein „weißer Jahrgang“, zur Bundeswehr gezogen. Mit dem vorläufigen Dienstgrad eines Leutnants der Reserve schulte Wörner im Sommer 1966 beim Jagdbombergeschwader 34 in Memmingen in einem doppelsitzigen „Starfighter“ und erwarb bei periodisch wiederkehrenden Wehrübungen die volle Qualifikation zum Flugzeugführer im Waffeneinsatz („combat ready“). Wenn Wörner einer Leidenschaft frönte in den vergangenen Jahren, dann war es das Fliegen. Für Außenstehende geriet sie eher schon zur Sucht. Was vielleicht hinter ihr steckt, hat der Amerikaner Tom Wolfe in seiner Charakterstudie der Astronauten und Testpiloten „Die Helden der Nation“ so beschrieben: Das Ego der Piloten sei noch riesiger als das von Künstlern, Schauspielern, Politikern, Sporthelden. „Es ist so groß, daß es einem den Atem verschlägt.“

Bevor er sich auf den Ministerstuhl auf der Chefetage der Hardthöhe setzen konnte, mußte Wörner sich in manchen Wahlkämpfen zuerst an der Seite Barzels (1972), Kohls (1976), schließlich von Strauß (1980) vergeblich mit um den Sieg der Union mühen.

Als dieser dann, vorbereitet durch den Bruch der sozial-liberalen Koalition bei der Wahl im März 1983 wirklich kam, galt Wörner nach langen Jahren in der Opposition für die Aufgaben der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den eigenen Reihen konkurrenzlos als der Fachmann. Dennoch blieb es ihm nicht erspart zu erleben, wie er im September/Oktober 1982 beim Verteilen der Ministerplätze beinahe nicht in das von ihm heiß ersehnte Verteidigungsressort gelangt wäre, sondern, aus Gründen der Gewichtsverteilung zwischen CDU und CSU, in das Entwicklungshilfe-Ministerium.

In jenen Tagen durchlitt Wörner eine Phase tiefer Enttäuschungen, die ihn fast so belastete wie die jüngste Affäre. Letztlich verdankte er dem CSU-Vorsitzenden Strauß, der Wörners Arbeit und Kompetenz nicht anders übrigens als der frühere Kanzler Helmut Schmidt erkennen und schätzen gelernt hatte, daß sich ihm die Hardthöhe doch noch öffnete und er von seinem Vorgänger Apel mit feierlichen Ehrenformationen ins Amt eingeführt wurde.

Kaum hatte er es im Oktober 1982 übernommen, legte er ein Arbeitstempo vor, das vielen in den Führungsstäben den Atem verschlug. Nach Apel spürten die Soldaten und Beamten dieses Ministeriums, mit 5300 das größte Ressort der Bundeshauptstadt, daß mit Wörner „oben“ wieder jemand Platz genommen hatte, der energisch den Schutt verschleppter Entscheidungen, unklarer Planung, durcheinandergeratener Zuständigkeiten und angesammelten Frust beiseite räumte. Der neue Minister schaffte es schnell, im Hause wieder einen Geist von Zuversicht und Engagement zu beleben. Überall vernahm man von Soldaten Kommentare, wie diesen: „Wörner ist einer, der denkt wie wir und fühlt wie wir.“

Und nun, da die Truppe unter Wörner wieder Mut gefaßt hat, schaut sie auf einen Minister, der nun bange fragen muß, ob er im Chefsessel auf der Hardthöhe noch weitermachen kann.

Politische Perspektiven vor und hinter den Stockholmer Kulissen

BERNT CONRAD, Stockholm

Nach der Abreise der Außenminister der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie der meisten ihrer europäischen Kollegen aus Stockholm, wo am Dienstag die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) eröffnet worden war, blieb in der Öffentlichkeit vielfach ein widersprüchliches Bild zurück. Die Zurückgebliebenen fragen sich: Ist in dieser Woche wirklich, wie von unterrichteter Seite verlautete, eine Wiederaufnahme des Abrüstungsdialogs zwischen Amerikanern und Sowjets nähergerückt, oder muß aus abwiegelnden Erklärungen beider Seiten eher das Gegenteil geschlossen werden?

Zuverlässige Hinweise auf den Verlauf der vielen am Rande der KVAE geführten Ost-West-Gespräche, vor allem des fünfstündigen Treffens der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko, lassen es zweckmäßig erscheinen, zwischen öffentlichen Erklärungen und intern erkennbar gewordenen Tendenzen zu unterscheiden. Tatsächlich zeichnen sich *hinter dem Nebelschleier polemischer* Darstellungen der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass und zurückhaltender Bemerkungen von amerikanischer Seite, die zu hoch gehenden Erwartungen im Westen dämpfen zu wollen, folgende Fakten ab:

1. *Moskau ist bereit, die Ende vergangenen Jahres auf sowjetischen Wunsch ohne Festlegung eines neuen Termins unterbrochenen Wiener Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa (MBFR) im März fortzusetzen.* Osteuropäische Informanten nannten dafür sogar schon das *exakte Datum 15. März.*

2. Über eine Wiederaufnahme der von den Sowjets ebenfalls unterbrochenen Genfer Verhandlungen mit den USA über eine Begrenzung der strategischen Waffen (START) hat die Moskauer Führung noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Außenminister Gromyko hat aber in seinen Gesprächen mit Shultz und Genscher deutlich *zwischen* den START-Verhandlungen und den „gesprengten" Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) differenziert. Experten halten *einen* Wiederbeginn der START-Gespräche in fünf bis sechs Monaten für denkbar.

3. Für eine Fortführung der INF-*Verhandlungen* unter dem bisherigen Titel und unter Begrenzung auf die bisherige Materie bestehen derzeit keine Chancen. Gromyko hat nicht *nur* öffentlich, sondern auch in seinen Stockholmer Unterredungen klargemacht, daß Moskau auf einer vorherigen Rücknahme der westlichen Nachrüstung bestehe. Dies haben Shultz, Genscher und die anderen NATO-Außenminister unmißverständlich abgelehnt.

DIE ● ANALYSE

4. Offensichtlich ist aber die Möglichkeit im Gespräch, die atomaren Mittelstreckenwaffen in die START-Verhandlungen einzubringen und als „Forward Based Systems" einzustufen. Daß sich dazu offiziell niemand äußert, ist angesichts der heiklen Materie und der noch offenen Meinungsbildung im Kreml verständlich.

5. Bei den Beratungen des Genfer Abrüstungsausschusses der UNO über ein weltweites Verbot chemischer Waffen rückt die Chance einer Einigung näher. Der sowjetische Außenminister hat die amerikanische Absicht, dort einen eigenen Entwurf einzubringen, ausdrücklich begrüßt.

Mehr hatte auf westlicher Seite niemand erwartet. Im Gegenteil: Mancher hatte befürchtet, Shultz und *Gromyko* könnten sich schon nach relativ kurzer Zeit, ähnlich wie vor vier Monaten in Madrid, unter Hinweis auf unüberbrückbare Differenzen wieder trennen. Ein amerikanischer Experte bewertete die tatsächliche Gesprächsdauer von fünf Stunden allein bereits als eine Art „Sensation". *Nach der versöhnlichen* Rede Präsident Ronald Reagans vom vergangenen Montag hatte sein Außenminister – nicht zuletzt mit dem Blick auf die amerikanischen Wähler – großen Wert darauf gelegt, das Eis zwischen Washington und Moskau wenn nicht aufzutauen, so doch anzuschmelzen. Davon ließ er sich durch Gromykos aggressive Rede im KVAE-Plenum ebenso wenig abhalten, wie sich auch der Sowjetpolitiker durch den öffentlichen Hinweis von Shultz auf die unakzeptable Spaltung Europas zu keiner Abkürzung der Begegnung veranlaßt sah. Am Ende war das Urteil beider Teilnehmer gar nicht so unterschiedlich: Der Amerikaner nannte das Gespräch „ernsthaft und lohnend", Gromyko bezeichnete es als „notwendig".

Für Shultz aber ergibt sich das Problem, daß durch voreiligen *Optimismus* zu hohe Erwartungen in Amerika geweckt werden könnten, die nach einigen Monaten bei Ausbleiben konkreter Folgen *in* Enttäuschung umschlagen könnten. In Wirklichkeit sind konkrete Folgen, abgesehen von der Wiederaufnahme der vermutlich weiterhin langwierigen MBFR-Verhandlungen, ja auch allerdings erst im späteren Verlauf des Jahres zu erwarten. Vorher wird es nicht zu neuen START-Verhandlungen – eventuell unter Einschluß der INF-Materie – oder zu Verhandlungsergebnissen bei den chemischen Waffen, geschweige denn bei der KVAE, kommen. Darum hat Shultz bewußt alle Hoffnungen gedämpft.

Die sowjetische Führung wiederum steht unter dem Zwang, die monatelange Kriegsdrohungs-Propaganda nicht einfach zu den Akten legen zu können. Deshalb zeichnet die Nachrichtenagentur Tass, basierend auf Gromykos KVAE-Rede, weiterhin finstere Perspektiven und weiß von den Stockholmer Gesprächen nichts Gutes zu berichten. Bis sich dies ändern könnte, wird wohl noch einige Zeit vergehen.

Genscher: Dialog wieder in Gang

dpa, **Bonn**

Bundesaußenminister Genscher (FDP) hat vor dem Bundestag der von allen Bonner Parteien begrüßten europäischen *Abrüstungskonferenz* in Stockholm „realistische Chancen" bescheinigt. In einem Bericht über den Auftakt der Konferenz sagte Genscher, das Gespräch der Außenminister beider Großmächte habe den Ost-West-Dialog wieder in Gang gebracht, auch wenn die Begegnung keine positiven Anhaltspunkte für eine veränderte sowjetische Haltung bei den Mittelstreckenraketen ergeben habe. Moskaus Haltung gegenüber den ebenfalls abgebrochenen Verhandlungen über die Langstreckenraketen (START) sei „offen".

Genscher bekräftigte die Aussichten für eine *Wiederaufnahme der* Wiener Truppenabbaugespräche „in den nächsten Monaten". Auch die Chancen auf ein weltweites Verbot chemischer Waffen seien gestiegen.

Stalins Getreuer Ponomarenko tot

dpa/AP, **Moskau**

Pantelejmon Ponomarenko, ehemals Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vizepremier, ist am *Mittwoch* im *Alter* von *82* Jahren gestorben, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Er erreichte in der Ära des Diktators Stalin den Höhepunkt seiner Karriere und war danach ein Jahr lang Kulturminister und später Parteichef in Kasachstan.

Zuletzt vertrat Ponomarenko, dessen Nachruf auch von Staats- und Parteichef Jurij Andropow unterzeichnet ist, die Sowjetunion bei der Internationalen Atomenergie-Behörde in Wien. Vorher war er Botschafter in Polen, Indien und den Niederlanden. Von dort wurde er ausgewiesen, als er sich auf dem Amsterdamer Flughafen an einem Handgemenge mit niederländischen Beamten beteiligte.

Uruguay: Freie Wahlen fraglich

dpa, ***Montevideo***

Nur einen Tag nach dem Generalstreik in Uruguay, den die Militärregierung unter General Gregorio Alvarez mit der Auflösung der Gewerkschaften und einer weiteren Einschränkung der Pressefreiheit beantwortete, wählte der Generalstab des Heeres den 59 Jahre alten General Pedro Aranco zum neuen Heereschef. Aranco gilt als Anhänger der harten Linie des Präsidenten.

In Uruguay erscheint es nach dem ersten Generalstreik seit dem Militärputsch im Juni 1973 immer fraglicher, ob die zum 25. November 1984 versprochenen freien Wahlen überhaupt stattfinden. Die Demonstrationen der vergangenen Monate haben die Militärs zu einer noch härteren Haltung veranlaßt. Präsident Alvarez möchte die Amtszeit seiner Militärregierung sogar *um zwei Jahre verlängern.*

Lummer: Ich trete nicht wegen jeder Laune der Opposition zurück

SPD will Untersuchungsausschuß wegen Brandkatastrophe / Sondersitzung am 2. Februar

H. R. KARUTZ, **Berlin**

Mit einem harten politischen Verteidigungsgefecht beendete der bisherige Senat unter Richard von Weizsäcker jetzt in dieser *Zusammensetzung* seine Arbeit für Berlin. Innensenator Heinrich Lummer stand wegen des bisher weiterhin ungeklärten *Flammentods* von sechs *Abschiebehäftlingen* in Polizeigewahrsam im Parlament Rede und Antwort. Die Häftlinge waren in der Silvesternacht an den *Kunststoffdämpfen* selbst angesteckter Matratzen erstickt. Lummer lehnte seinen Rücktritt ab: „Ich hänge nicht an meinem Amt, aber *wenn ich mich zu meiner Verantwortung* bekenne, kann ich nicht wegen jeder Laune der Opposition zurücktreten." Auf einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am 2. Februar wird nunmehr über einen Mißtrauensantrag der „Alternativen Liste" abgestimmt.

Ein reines Gewissen

CDU und FDP befürworteten jetzt diesen Termin, nachdem die Koalition den Abwahlantrag zunächst dadurch für „erledigt" erklären wollte, daß der alte Senat ohnedies am 9. Februar gemeinsam mit von Weizsäcker formell zurücktritt. Anschließend wird die *Regierung jedoch* mit Diepgen an der Spitze neu gewählt. Obwohl die SPD dem Antrag nun zustimmen will, besitzt das Rücktrittsbegehren keine Chance. CDU und FDP verfügen über 11 Stimmen mehr als die Opposition. Die Sozialdemokraten wollen überdies einen Untersuchungsausschuß einsetzen. Lummers Kommentar dazu: „Ich habe nichts zu fürchten."

In dieser Situation legte der kampferprobte CDU-Politiker vor dem Plenum in energischer Weise dar, daß er in dieser Angelegenheit ein reines Gewissen habe. Der attackierte Senator *verwies darauf,* daß er den *umstrittenen* Zellenbau bei seinem Amtsantritt so vorgefunden habe, „wie ihn der damalige Innensenator Peter Ulrich, SPD, eingerichtet hatte".

Lummer stellte fest, zum Zeitpunkt des Brandes seien „weder offenkundige Mißstände noch untragbare Zustände" in dem Gewahrsam zu verzeichnen gewesen. Entschieden wies er auch Vorwürfe zurück, durch die Abschiebung von Augenzeugen – sieben verließen inzwischen Berlin – werde der Verdacht der „Vertuschung" genährt. „Noch immer befinden sich 24 Tatzeugen in Berlin."

In der Debatte stärkte Justizsenator Hermann Oxfort seinem Kollegen den Rücken. Er selbst war 1976 nach dem Ausbruch von drei Frauen aus der Terrorszene in einer noblen Geste ohne konkrete Schuld zurückgetreten. Oxfort forderte die Opposition auf, mit dem Begriff der politischen Verantwortung „sehr sorgfältig" umzugehen. Ex-Senator Erich Pätzold, ein rechtskonservativer SPD-Mann, sah jedoch „persönliche Schuld" bei *Lummer. Im Hinblick auf den neuen* Regierenden Bürgermeister Diepgen und dessen Personalvorschläge für den neuen Senat bemerkte Pätzold: *„Wir wollen wissen, ob er die Stirn* hat, wieder Lummer vorzuschlagen."

Aus dem Vor- und Ablauf der Parlamentsdebatte wurde ersichtlich, daß die Berliner Opposition den Innensenator nach dem Ablaufen der Hausbesetzer-Debatten weiterhin als willkommenen „Buhmann" im Vorwahlkampf benutzen will. Die Liberalen, die das Ausländerproblem jahrelang als „ihr" Thema besetzt hielten, verfolgen den gesamten Vorgang unterdessen *mit Unbehagen.* In der FDP kann sich Lummer nur uneingeschränkt auf Hermann Oxfort verlassen.

Asylantenproblem

Die möglicherweise in ihrem ganzen Ausmaß vermeidbar gewesene Brandkatastrophe wiegt *mit ihren* abermaligen negativen Berlin-Schlagzeilen vor allem deshalb, weil die Stadt weiter gegen das Asylantenproblem kämpfen muß. 1983 stellten 5578 Ausländer einen Asylantrag – 11,5 Prozent weniger als 1982. Im vergangenen Jahr lebten immerhin noch 18 000 Asylbewerber in der Stadt – 6000 weniger als 1982. Zu 85 Prozent stammen sie aus dem Nahen Osten. Die Anerkennungschancen dieser Flüchtlinge, die in der Regel politische Motive anführen, sind gering. Lummer teilte kürzlich mit, 1983 habe das zuständige Bundesamt nur in 277 von 5300 Fällen positiv entschieden. Unterdessen versuchen die Berliner Behörden, den Asylantenzustrom vom Ostberliner Flughafen Schönefeld her weiter zu kanalisieren. In der nun vom Westen betriebenen S-Bahn kontrollieren regelmäßig Beamte. 1983 wurden in S- und U-Bahn 9200 Ausländer überprüft.

Innensenator Lummer schlug jetzt außerdem vor, die „DDR" in Verhandlungen zu bewegen, ihren Ausländertransit nur noch auf einen Straßenübergang im Süden West-Berlins zu konzentrieren. Auf diese Weise könnten vor allem die Rauschgift-„Ameisenpfade" nach West-Berlin unterbrochen werden.

Polen steigert Militär-Ausgaben um 13,9 Prozent

rtr, Warschau

Trotz der Wirtschaftskrise steigert Polen in diesem Jahr seine Verteidigungsausgaben erheblich. Wie die Warschauer Presse gestern berichtete, werden die für militärische Zwekke bestimmten Mittel 1984 gegenüber dem Vorjahr um 13,9 Prozent auf 218,7 Milliarden Zloty (rund 6,4 Milliarden Mark) angehoben. In informierten Kreisen hieß es, damit werde im Staatshaushalt der Anteil für Verteidigung in diesem Jahr 8,2 Prozent ausmachen. 1983 seien es 7,1 Prozent gewesen.

Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, so schrieb dazu die amtliche Nachrichtenagentur PAP, habe es notwendig gemacht, daß Polen seine Streitkräfte stärken müsse. Nach jüngsten Schätzungen des Westens verfügt Polen über 340 000 Mann, 20 000 mehr als bei Verhängung des Kriegsrechts im Jahr 1981.

Bericht über Mord an Aquino angezweifelt

rtr, Manila

Die Vorsitzende des Sonderausschusses für die Untersuchung im Mordfall Benigno Aquino hat gestern Zweifel daran geäußert, daß der von der philippinischen Regierung als Mörder identifizierte Rolando Galman die Tat wirklich begangen habe. Auf einer öffentlichen Sitzung sagte Frau Corazon Agrava, es gebe nun Hinweise, die Zweifel daran aufkommen ließen, „daß Galman der Mörder ist".

Mindestens ein Zeuge hat ausgesagt, daß Galman den philippinischen Oppositionspolitiker Aquino am 21. August vergangenen Jahres auf dem Flughafen von Manila nicht habe erschießen können, obwohl er in seiner Nähe gewesen sei. Galman war unmittelbar nach dem Attentat von Sicherheitskräften erschossen worden.

Geißler will Jugend besser schützen

E. N. Bonn

Die Abgabe alkoholischer Getränke durch Automaten wird verboten, um einem Alkoholmißbrauch Jugendlicher vorzubeugen. Bespielte Videokassetten mit kriegs- oder gewaltverherrlichenden und pornographischen Filmen dürfen nicht an Minderjährige verkauft oder verliehen werden. Und das Spielen an elektronischen Unterhaltungsgeräten, die öffentlich aufgestellt sind, darf Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren ohne Begleitung eines Erziehungsberechtigten nicht gestattet werden.

Dies sind Schwerpunkte aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Jugendschutzes, den Familienminister Heiner Geißler in Bonn vorstellte und der die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktionen des Bundestages fand. Der Entwurf soll das derzeitige und in wesentlichen Teilen aus den Jahren 1951 und 1957 stammende Jugendschutzgesetz an die „Lebenswirklichkeit" anpassen. Mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes ist im Sommer zu rechnen. Zur „Lebenswirklichkeit" gehört unter anderem, daß die allgemein als überholt angesehenen Verbote der Anwesenheit von Kindern bei Varieté-, Kabarett- und Revueveranstaltungen aufgehoben werden soll.

Das künftige Jugendschutzgesetz verhindere, so Geißler, „daß Erwachsene auf Kosten junger Menschen Geschäfte machen". Schon die 13- bis 14jährigen verfügten heute über eine monatliche Gesamtkaufkraft von 73 Millionen Mark.

Die Börner-Rechnung der CDU ging nicht auf

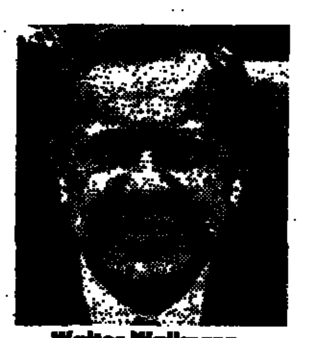
Wallmann kündigt Grundsatzreferat auf dem Parteitag an

D. GURATZSCH, Frankfurt

Die rechte Lust und Laune will nicht aufkommen, wenn die CDU-Offiziellen in Hessen an die Zukunft ihrer Partei denken. Zu viele Hürden liegen auf dem Weg, der die Partei wieder dorthin führen könnte, wo sie sich bis zum Sommer vergangenen Jahres befunden hat: in die Position der stärksten Partei im Hessischen Landtag. So wird der 60. Landesparteitag, zu dem der Landesvorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann die Delegierten für heute, 10 Uhr, in die Friedberger Stadthalle eingeladen hat, nicht gerade zu einem Jubelparteitag werden.

Die Neuwahl des Landesvorstandes und eine Analyse der sich anbahnenden „kontinuierlichen" Zusammenarbeit von SPD und Grünen stehen auf dem Programm. Wallmann will sich in einem Grundsatzreferat mit dieser Entwicklung befassen und auch die künftige Rolle seiner Partei in der Landespolitik definieren.

Und das scheint bitter nötig, denn das richtige Rezept hat die Partei seit den Wahlen vom vergangenen Sommer, in denen sie ihre Spitzenposition unter den hessischen Parteien einbüßte und von 45,6 auf 39,4 Prozent der Wählerstimmen absackte, offensichtlich noch nicht gefunden. Die Fraktion im Landtag mußte acht Stühle für die Liberalen freimachen,



Walter Wallmann FOTO: SVEN SIMON

denen die Union – das war der bittere Nachgeschmack dieser Wahl – mit dem Appell an CDU-Wähler, beim Gang zur Urne ein „Ehegattensplitting" zu praktizieren, noch selbst über die Fünf-Prozent-Hürde geholfen hatte.

Dann kam die Nachwahlzeit mit einem Schlingerkurs in der alles entscheidenden Koalitionsfrage. Die Erbitterung des christdemokratischen Parteivolks über die Anbiederung Börners an die Grünen und über seine Ankündigung, sein „Gegenmodell" zu Bonn verwirklichen zu wollen, ließen es der CDU-Führung zeitweise geraten erscheinen, sich von einem Interesse an einer großen Koalition mit der SPD mit vielen Wenn und Aber zu distanzieren. Kaum waren entsprechende Äußerungen verbreitet worden, wurden sie sofort wieder durch neue Angebote an die SPD konterkariert. Aus Bonn meldete sich Heiner Geißler mit einem Appell zur großen Koalition, in München wetterte Franz Josef Strauß, die Angebote zur großen Koalition seien „nicht eindeutig genug" gewesen.

Bis in die jüngsten Tage hinein ist es der hessischen CDU-Führung nicht gelungen, die Zweifel an ihrer Bereitschaft zu einem Zusammengehen mit der SPD endgültig auszuräumen. Mindestens hatte die SPD-Spitze immer wieder Vorwände geliefert bekommen, entsprechende CDU-Angebote mit theatralischer Geste als „nicht ernst gemeint" zurückzuweisen. Erst nach dem jüngsten Landesparteitag der Grünen, als sich unmißverständlich abzuzeichnen begann, daß die Umweltpartei zur Tolerierung eines Kabinetts Börner bereit sein könnte, unterbreitete Wallmann im Verein mit dem FDP-Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt der SPD ein Angebot „ohne Vorbedingungen". Beide Parteien zeigten sich bereit, mit den Sozialdemokraten „über die unverzügliche Bildung einer stabilen, von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Landesregierung" zu sprechen. Wenige Stunden später sagte die SPD-Führung einstimmig nein.

Der bisher erfolglose Versuch, Holger Börner in eine Zwickmühle zu bringen, hat bei der hessischen Union interne Diskussionen ausgelöst. Tatsächlich ist die Rechnung nicht aufgegangen, Börner werde wegen der Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Liaison mit den Grünen oder wegen des schwer zu definierenden Verhältnisses seiner grünen Wunschpartner zu außerparlamentarischen Aktivitäten Schwierigkeiten mit den „Rechten" in der eigenen Partei bekommen.

Was die CDU auch unternommen hat, den Monolithen, der ihr plötzlich gegenübersteht, zu erschüttern – nichts hat gefruchtet. Bärendienste ganz besonderer Art haben der hessischen Parteispitze dabei wieder einmal die Bonner Parteifreunde geleistet. Da war die saure Entscheidung, vor der der hessische Wirtschaftsminister Reitz, SPD, kurz vor Weihnachten stand. Sollte er durch Einspruch gegen einen Gerichtsentscheid, der vielen Bedenken der Grünen in der Sache der umstrittenen



Holger Börner FOTO: WEREK

Umgehungsstraße von Eltville recht gab, die Verhandlungen mit der Umweltpartei gefährden? Bundesverkehrsminister Dollinger kam zu Hilfe. Er forderte den Hessen zum Einspruch auf; Ergebnis: Reitz konnte Einspruch einlegen, ohne selbst in den Augen der Grünen der „Sündenbock" zu sein.

Vierzehn Tage später waren es Dollinger und Bundespostminister Schwarz-Schilling, die erneut gerade zur rechten Zeit mit Erklärungen aus Bonn dazwischenfunkten. Die Grünen standen kurz vor ihrer Landesversammlung in Usingen, auf der sie entscheiden wollten, ob die Angebote Holger Börners für eine „Tolerierung" seines Kabinetts reichen. Einer der Streitpunkte dabei war die Startbahn West. Gegenüber den grünen Forderungen nach Wiederaufforstung des Verkehrsbauwerks hatte Börner nur eine Willensbekundung auf die Waagschale gelegt. Er sei bereit, sich für ein generelles Nachtflugverbot zu verwenden.

Der im grünen Parteivolk glimmende Verdacht, mit dem SPD-Chef ein Geschäft wie Hans im Glück zu machen und eine Gans für ein Schwein zu tauschen, wurde von den beiden Bonner Unionspolitikern wenige Tage vor dem grünen Entscheidungs-Schwitzparteitag ausgeräumt. Ein Nachtflugverbot in Frankfurt sei letztlich „unverantwortlich", erklärten sie wie aus einem Munde. Damit war für die Grünen die Sache klar: Börner hatte also doch ein Angebot gemacht, und sogar ein „substantielles".

Nun ist das Schwitzen an den CDU-Strategen, die entscheiden müssen, wie sie das Ja der Grünen zur Zusammenarbeit mit der SPD verarbeiten sollen.

Mit dem strengen Weltbild des Islams ist eine Verfassung nicht vereinbar

Zerrüttung traditioneller Werte gefährdet die innere Entwicklung moslemischer Staaten

Von HARALD VOCKE

Ich habe nie hingeschaut, wenn man in Saudi-Arabien die Hände von Dieben abhackte. Als noch König Saud auf dem Thron saß, in jener nun schon längst vergangenen Zeit, war Diebstahl eine seltene Straftat in Saudi-Arabien. Die Verurteilten waren meist arme Mekka-Pilger, denen vor der Einschiffung zur Heimfahrt das Geld ausgegangen war. Die Exekution fand in Dschidda auf der Hauptstraße statt.

Für Regierungsaufträge waren zu jener Zeit „Kommissionen", also Vermittlungsgebühren von 20 oder mehr Prozent des Auftragswerts keine Seltenheit. Waren solche ungeheuren Verdienste auf Kosten der Staatskasse nicht ebenfalls Diebstahl? Nein, jedenfalls nicht nach Auffassung der strenggläubigen Moslems, die in jener Zeit die öffentliche Meinung in Arabien beherrschten.

Einmal hörte ich, ein sudanesischer Koch habe seinem Dienstherrn, einem italienischen Diplomaten, die Steinigung von Ehebrechern in Mekka beschrieben. Man habe auf den Mann und die Frau, deren Füße und Unterleib man vorher fest eingegraben habe, zunächst kleine und dann immer größere Steine geworfen, bis schließlich der Tod eintrat.

Das Regierungssystem war in Saudi-Arabien in jener Zeit von einer primitiven, archaischen Einfachheit, grausam in mancher Hinsicht, aber noch ziemlich im Einklang mit der Tradition vergangener Zeiten. Die Paläste und Ministerien mit ihrem westlichen Mobiliar und ihren Klimaanlagen waren wie kühle Inseln technischen Fortschritts in diesem glutheißen Reich, das sich Ibn Saud erobert hatte. Später war es anders.

Peinliche Geschichte

Bei einem meiner letzten Besuche in Saudi-Arabien hörte ich die peinliche Geschichte von einem jungen Mann, dessen Vater in einem Ministerium eine einflußreiche Position innehatte. Der junge Mann hatte sich mit einer Bande von Jugendlichen darauf verlegt, Ausländerinnen in Dschidda ihren Schmuck zu stehlen. Die Sache mußte verheimlicht werden, denn das Prestige des Königreichs stand auf dem Spiel. Hände schlug man noch immer öffentlich ab, aber nur armen Kerlen, die Ausländer waren und nicht über Protektion am Hofe verfügten.

Die als „Rückkehr zum islamischen Recht" bezeichneten Bestrebungen in manchen islamischen Staaten, deren Kennzeichen drakonische altorientalische Strafen sind, haben mit dem historischen islamischen Recht, der Scharia, höchstens den Namen gemein. Das islamische „Strafrecht" – eine Bezeichnung, die der Islam selber freilich nicht kennt, da für ihn das Rechtswesen stets eine Einheit blieb – wurde in Saudi-Arabien in der Fortführung einer alten Tradition praktiziert. Das Land hatte kein Grundgesetz, keine Verfassung, es konnte auch gegenüber den Vereinten Nationen nicht ohne Stolz darauf hinweisen, daß es als Verfassung nur den Koran anerkenne. In der Tat ist eine Verfassung, aus westlicher Sicht das elementarste Erfordernis moderner Rechtsstaatlichkeit, unvereinbar mit dem tradionellen strenggläubigen Weltbild des Islams, der den Koran und die überlieferten Aussprüche des Propheten Mohammed als in sich vollkommene und keiner menschlichen Ergänzung bedürftige Richtlinien allen Tuns betrachtet.

Die übereinstimmende Meinung aller gläubigen Moslems kann unter bestimmten Voraussetzungen den Koran und die Prophetenworte als dritte Rechtsquelle ergänzen. Aber der Gedanke, daß eine bloße Mehrheitsentscheidung, sei es ein Volksentscheid, eine Parlamentswahl oder der Beschluß einer Mehrheit im Parlament, in Fragen des islamischen Rechts verbindlich sein könne, widerstrebt dem Geist der von Mohammed verkündeten Weltreligion.

Aus der Sicht der islamischen Orthodoxie sind daher Dokumente wie die „Verfassung der Islamischen Republik Iran" vom November 1979 bestenfalls kulturgeschichtliche Kuriositäten, eher aber gottlose Verirrungen des menschlichen Geistes. Dennoch dringen nach Europa immer neue Informationen über eine angebliche „Wiedereinführung islamischen Rechts" in den überwiegend von Moslems bewohnten Staaten des Orients. Dabei ist gerade in den eher konservativ orientierten islamischen Ländern wie Pakistan oder Ägypten das Bemühen nicht zu verkennen, die heutigen Formen politischen Lebens wieder dem erstrebten Idealzustand, der Zeit Mohammeds und der vier ersten Kalifen, näherzubringen.

Die eigentliche Schwierigkeit liegt aber sowohl für die islamischen Länder wie für den westlichen Beobachter darin, daß im Orient asiatische islamische Traditionen und die vom christlichen Europa beeinflußten Neuerungen längst untrennbar miteinander verschmolzen sind. Mit einem Glauben, der seine Lebensordnung ausschließlich von göttlichem Recht ableiten will, ist der Begriff „Menschenrechte" kaum zu vereinen. Islam und parlamentarische Demokratie sind ebenfalls unversöhnliche Gegner.

Ein Lehren-Cocktail

Dennoch preisen die modernistischen Moslems gerade im letzten Viertel unseres Jahrhunderts als angeblich „reinen Islam" Erscheinungen an, die in Wahrheit ein Cocktail aus koranischen Lehren, aus Einflüssen der vom Christentum geprägten Kulturen Europas und neomarxistischen Strömungen sind. Musterbeispiele hierfür sind Iran und Libyen. Der libysche Staatschef Khadhafi läßt die „Moslembrüder", eine radikale orthodox-islamische Erneuerungsbewegung, in seinem Lande verfolgen. Im Staate des Ayatollah Khomeini haben es die Anhänger einer glaubensinnigen islamischen Mystik schwer. Die Türkei, gegenwärtig nur dem Schein nach ein moderner freiheitlicher und parlamentarischer Staat, hat die Ausübung des islamischen Glaubens streng reglementiert.

Nicht die für westliche Augen barbarischen Formen des Strafrechts, für die abgehackte Hände stets als Beispiel herhalten müssen, sind für die innere Entwicklung der islamischen Staaten die größte Gefahr, sondern die Zerrüttung der traditionellen Wertmaßstäbe durch die moderne technische Zivilisation. Dem islamischen Orient fällt es noch viel schwerer als den Europäern, den materiellen Fortschritt der Technik seelisch zu verkraften. Für den Konflikt zwischen Materialismus und Jenseitsglauben innerhalb des Islams kann das islamische Recht, gar das Strafrecht, Lösungen nicht bieten.

Möllemann will Rivalen „abbürsten"

Staatsminister macht deutlich, daß er der Spitzenkandidat in NRW bleiben möchte

WILM HERLYN, Düsseldorf

Eine feste Größe können die Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen am 30. September und bei den Landtagswahlen am 12. Mai 1985 in ihre Rechnungen einbeziehen: das nicht zu erschütternde Selbstvertrauen des Landesvorsitzenden der FDP, Staatsminister Jürgen W. Möllemann. Er hat sich nach der gewiß nicht einfachen Aufgabe gedrängt, seine Partei in den Kommunen wieder zu stärken und damit die unerläßliche Ausgangsbasis dafür zu schaffen, die Liberalen wieder in den Landtag zu führen. Gerüchten, ihm könne die Führungsposition durch Parteifreunde noch streitig gemacht werden, etwa durch den unlängst von der SPD-Landesregierung in den frühzeitigen Ruhestand versetzten Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde, begegnet er forsch wie brüsk: Wer gegen „mich antritt, wird abgebürstet", jeder der „aufsteht, kriegt einen Kopf kürzer" – „in der Abstimmung natürlich", milderte er gestern in Düsseldorf ab.

In dieser prägnanten Sprache sind auch die „Liberalen Standpunkte zur Kommunalpolitik" abgefaßt, die er und sein kommunalpolitischer Sprecher Rudolf Wickel aus Bonn gestern vorstellten. Sie sind Antrag des Vorstandes zum Landesparteitag am 31. März in Hagen und gehen nach der Devise Voltaires vor: „Was der Begründung bedarf, ist der Begründung nicht wert."

Unter dem Leitmotiv der FDP als „Partner des Bürgers" verlangen die Liberalen ihrer politischen Zielsetzung getreu die Stärkung der bürgerlichen Rechte gegenüber dem Staat und „Kampf gegen die schleichende Entmündigung des Bürgers durch die alles überwuchernde Bürokratie". (Möllemann) Die FDP werde auf eine Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen Land, Kreisen und Gemeinden dringen, um die Verwaltungskraft der Kommunen stärker auf die bürgernahe Ebene zu übertragen. Dazu gehöre auch die Kräftigung des Bürgerbegehrens, eine größere Entscheidungskompetenz für die Bezirksvertretungen und die Beteiligung der ausländischen Mitbürger.

Eine Bürgermeisterwahl nach verordneten Einheitslisten, wie die SPD dies anstrebe, lehne die FDP ab. Die Partei dringe auf eine stärkere Verminderung der Ausgaben, bevor Steuererhöhungen in Betracht gezogen werden und auf eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Umweltschutz müsse bei allen planerischen Maßnahmen Vorrang vor den Interessen einzelner haben. Mitte Dezember werde die FDP auf einem außerordentlichen Parteitag in Gütersloh ihre Koalitionsaussage für die Landtagswahl 1985 beschließen. Beobachter gehen davon aus, daß die CDU den liberalen Zuschlag erhält.

Schon jetzt sei er einstimmig vom Vorstand beauftragt worden, alle organisatorischen und politischen Vorbereitungen für ein Volksbegehren nach Privatfunk einzuleiten, sagte Möllemann. Er sei bei Gesprächen mit Verlegern in NRW auf großes Interesse gestoßen. Hinter ihm ständen „landesweit auch einige hundert Bürgerinitiativen", die sich gegen „ideologische Verkrustung und Parteibuchwirtschaft im Westdeutschen Rundfunk" zur Wehr setzen wollten.

„Kernkraftwerke schaden den Wäldern nicht"

E. N. Bonn

Der Vorsitzende des „Forschungsbeirates Waldschäden-Luftverunreinigung", der Karlsruher Professor Klaus Klose, hat es als „absolut unwahrscheinlich", bezeichnet, daß Abluft von Kernkraftwerken Ursache für die jetzt beobachteten Waldschäden sein könnte. Die Substanzen dieser Abluft hätten nur „Promilleeffekte im Vergleich zu dem, was die Natur uns liefert".

In einer Zwischenbilanz der Forschungsprogramme zur Ursache des Waldsterbens sagte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, als Verursacher von Waldschäden schöben sich mehr und mehr die Stickoxide in den Vordergrund. Als Vorläufer für Ozon- und Photo-Oxidantenbildung müsse ihnen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Experimente legten den Schluß nahe, daß Ozon eine Vorschädigung der Zellmembranen von Nadeln und Blättern bewirke.

Die Forschungsprogramme sind 1984 mit 30 Millionen Mark gefördert worden, das sind sieben Millionen mehr als eigentlich geplant. Riesenhuber betonte, angesichts der Tatsache, daß 2,5 Millionen Hektar geschädigt seien, dürfe kein Antrag liegenbleiben, weil sich sonst das ganze Vorhaben um mindestens eine Vegetationsperiode verschöbe.

Fowler-Entführung selbst inszeniert

AP, Schwäbisch Gmünd

Der amerikanische Soldat Liam Fowler hat zugegeben, seine Entführung am vergangenen Wochenende nur vorgetäuscht zu haben. Dies bestätigte der Stuttgarter Polizeisprecher Herbert Sarchro. Danach hat Fowler gestanden, sein Verschwinden selbst inszeniert und dabei allein gehandelt zu haben. Die US-Army lehnte zunächst jede Stellungnahme ab. Durch Anrufe des in Schwäbisch Gmünd stationierten Soldaten bei seiner Frau war zunächst der Eindruck entstanden, er sei von Nachrüstungsgegner entführt worden.

Kündigungsschutz bei Soldaten umgangen?

hy. Düsseldorf

Als auffallend hat es der nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende Jürgen Möllemann bezeichnet, daß Wehrpflichtigen sechs Monate vor ihrem Dienstantritt bei der Bundeswehr vom Arbeitgeber gekündigt werde. Damit verlieren sie den Kündigungsschutz, den die jungen Männer nach ihrer Wehrpflicht noch sechs Monate in ihren angestammten Firmen genießen.

Möllemann sagte in Düsseldorf, diese erschreckenden Ergebnisse hätten eine Untersuchung beim I. Korps in Münster ergeben. Nach Gesprächen, die er im Verteidigungsministerium geführt habe, sei sein Eindruck verstärkt, daß hier eine bundesweite Tendenz zum Ausdruck komme. Der FDP-Politiker kündigte an, dieses Thema bei Bundeskanzler Helmut Kohl anzusprechen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Glemp: Experten diskutieren über neuen Status der Kirche Polens

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Vatikan noch in diesem Jahr?

F. MEICHSNER/DW. Rom/Warschau

Die polnische Regierung will bei einer Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan der katholischen Kirche in Polen einen juristischen Status ohne Einschränkungen zugestehen. Dies erklärte Primas Glemp nach seiner Rückkehr aus Rom. Eine solche Lösung würde bedeuten, daß die polnische katholische Kirche allein vom Vatikan abhängig ist, was ihr wiederum größere Bewegungsfreiheit gäbe. Bisher wurde sie als ein „eingetragener Verein" eingestuft und entsprechend behandelt.

Nach seinen Unterredungen mit dem Papst hatte Glemp erklärt, in Warschau würden Gespräche zwischen Kirche und Staat über die Ausarbeitung des neuen Kirchenstatus auf Expertenebene stattfinden. Er schloß nicht aus, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Warschau mit der Nominierung eines apostolischen Nuntius in Polen und eines polnischen Botschafters im Vatikan noch in diesem Jahr möglich sein könne. Eine rasche Aufnahme hänge auch von der internationalen Lage und einem „friedlichen Klima" ab. Regierungssprecher Urban begrüßte diese Erklärung: „Wir haben stets unseren Willen bekundet, in den Beziehungen zwischen der polnischen Regierung und dem Vatikan Fortschritte zu erzielen. Wir nehmen nach wie vor diese grundsätzliche Haltung ein."

Der letzte ordentliche polnische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Casimir Papé, war kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Sommer 1939 nach Rom entsandt worden. Bis zum Tode von Pius XII. im Oktober 1958 stand sein Name unter der üblichen Bezeichnung „Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter" in der vatikanischen Diplomatenliste. Herabgestuft zum „Geschäftsträger der Botschaft" figurierte er darin sogar bis Oktober 1972 weiter. De-facto-Vertreter Polens war er allerdings nur kurze Zeit. Denn die Regierung, die ihn entsandt hatte, ging schon im September 1939 nach London ins Exil und übte seitdem keine effektiven Hoheitsbefugnisse mehr in ihrem Land aus.

Papé blieb der Botschafter der Londoner Exilregierung, auch nachdem sich in seiner Heimat die (kommunistisch dirigierte) „Regierung der nationalen Einheit" konstituiert hatte, die, da sie der Vatikan nicht anerkannte, am 12. September 1945 das



Primas Jozef Glemp
FOTO: SVEN SIMON

1925 geschlossene polnisch-vatikanische Konkordat aufkündigte. Die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl brauchte die neue Warschauer Regierung nicht abzubrechen, denn – anders als in den übrigen Ostblockländern, in denen der Abbruch im Zeichen der Antireligionskampagne vollzogen wurde – waren sie im Falle Polen vom Vatikan nie hergestellt worden.

So konnte Casimir Papé sein diplomatisches Schattendasein am Heiligen Stuhl, wenn auch mit minderem Rang, noch viele Jahre fortsetzen. Erst nach Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages und nach der vom Vatikan vorgenommenen Neuregelung der Diözesangrenzen in den Oder-Neiße-Gebieten wurde ihm im Oktober 1972 in aller Form mitgeteilt, daß der Heilige Stuhl seine „Mission als beendet betrachtet". Und damit erst wurde der Weg frei für Verhandlungen über die Neuregelung der vatikanisch-polnischen Beziehungen.

Die Gespräche wurden im November 1973 mit einer Papstaudienz für den damaligen polnischen Außenminister Olschowski eingeleitet, der, wie so mancher andere seiner kommunistischen Parteigenossen, in seiner Jugend Meßdiener gewesen war. 1974 wurde dann die Einrichtung „ständiger Arbeitskontakte" zwischen Warschau und dem Vatikan geschlossen. Der Vatikan ernannte seinen „reisenden Nuntius" Luigi Poggi, der mit einem polnischen Dauervisum ausgestattet wurde, zu seinem Kontaktmann. Warschau entsandte an seine Botschaft im italienischen Staat einen für die Vatikankontakte bevollmächtigten Diplomaten.

Der Herstellung voller diplomatischer Beziehungen hatte sich bis zum Tode Papst Pauls VI. nicht zuletzt der langjährige polnische Kardinalprimas Wyszynski widersetzt. Offensichtlich befürchtete er, daß ihm ein mit den polnischen Verhältnissen nicht voll vertrauter Nuntius die Führungsrolle im Dialog zwischen Kirche und Regime streitig machen könnte. Nach der Wahl des Polen Karol Wojtyla zum Papst fielen jedoch die auch von anderen polnischen Episkopatsvertretern geteilten Bedenken, daß man im Vatikan zu wenig von Polen verstehe, unter den Tisch. Heute geht es bei den vermutlich zu einem positiven Abschluß tendierenden Gesprächen über die volle Normalisierung des vatikanisch-polnischen Verhältnisses nur noch um Fragen der legalen Absicherung des Status quo – und darum, sich der Duldung Moskaus zu versichern.

Zu Tausenden kehren die Holländer ihren Gewerkschaften den Rücken

Finanzielle und politische Gründe / Rückbesinnung auf die „eigentlichen Aufgaben"

BODO RADKE, Den Haag

Ein dramatischer Mitgliederschwund bei Hollands Gewerkschaften hat die Führungsspitze des sozialistisch orientierten Dachverbandes FNV (Federatie Nederlandse Vakbeweging) jetzt veranlaßt, die Streichung von 70 Planstellen bis 1986 anzukündigen. Das wäre eine Verminderung des Personalbestandes um 20 Prozent. Auch die der FNV angeschlossenen Einzelgewerkschaften werden um eine drastische Verringerung der Zahl ihrer festbezahlten Mitarbeiter nicht herumkommen.

Die FNV-Gewerkschaften haben 1982 bereits 25 000 Mitglieder und im vergangenen Jahr 35 000 verloren. Den Höhepunkt der Austrittswelle hatte 1981 gebracht, als 58 000 Arbeitnehmer ihre Interessenvertretung verließen. Zur Zeit hat die FNV noch 965 000 Mitglieder. Ein Sprecher des Dachverbandes gab zu, daß man für die Jahre 1984–1986 eine weitere Schrumpfung um etwa hunderttausend zahlender Mitglieder befürchtet. Erst dann könne mit einer Stabilisierung gerechnet werden.

Auch der Dachverband CNV der christlich-protestantischen Gewerkschaften mußte im vergangenen Jahr 16 000 Namen aus seinen Listen streichen und hat jetzt noch 320 000 Mitglieder. An einen Abbau des Personalbestandes wird dort jedoch nicht gedacht. Ein CNV-Sprecher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß man sich in seiner Organisation von jeher bei der Einstellung hauptberuflicher Funktionäre weit größere Beschränkungen auferlegte, als das bei der sozialistischen Konkurrenz der Fall war. Während die CNV insgesamt 350 Mitarbeiter beschäftigt, sind es bei der FNV etwa 2100.

Die einzige Ausnahme vom allgemeinen Trend der Mitgliederentwicklung bildet die für den öffentlichen Dienst der Niederlande zuständige FNV-Gewerkschaft ABVA-Kabo. Im Zusammenhang mit den sich über Wochen hinziehenden Teilstreiks in fast allen Sektoren des öffentlichen Dienstes im vergangenen Herbst, traten dieser recht rabiat agierenden Organisation rund 5000 Mitglieder bei, womit sie jetzt über einen Anhang von 255 000 Personen verfügt.

Daß sich in Arbeitskampf-Situationen eine relativ gemäßigte Haltung nicht auszahlt, bekam die Interessenvertretung MHP der Staatsdiener im mittleren und höheren Dienst zu spüren. Sie verlor 1983 rund 6000 Mitglieder und zählt nun noch 109 000.

Während der Streikwochen hatten die Spitzenfunktionäre der MHP davor gewarnt, die Protestaktionen gegen damals angekündigte und inzwischen in Kraft getretene Gehaltskürzungen für alle Angehörige des öffentlichen Dienstes in eine politische Konfrontation mit der aus Christdemokraten und Liberal-Konservativen bestehenden Mitte-Rechts-Regierung Hollands umfunktionieren zu lassen.

Als Hauptgrund für die vielen Austritte nennen die Gewerkschaftsführungen durchweg den Wunsch der betreffenden Arbeitnehmer, durch Einsparung der Beiträge sich finanziell zu entlasten. In der FNV-Zentrale wurde vorübergehend darüber nachgedacht, ob man die budgetären Folgen des Mitgliederschwunds durch eine Beitragserhöhung auszugleichen versuchen sollte. Diese Möglichkeit ist aber verworfen worden. Dazu FNV-Vorstandsmitglied van Eekert: „Unsere Mitglieder werden durch die angespannte Wirtschaftslage ebenso hart in Mitleidenschaft gezogen wie der Rest der Bevölkerung."

Beobachter sind überzeugt, daß bei manchen Austritten, besonders aus der FNV, auch politische Motive eine Rolle spielen. Die FNV ist aus einem früheren Zusammenschluß der sozialistischen und katholischen Arbeitnehmer-Organisationen hervorgegangen. Inzwischen ist der sozialistische Einfluß dominierend.

Unwillen erregte wohl auch, daß FNV-Spitzenfunktionäre immer häufiger über den eigentlichen Aufgabenbereich von Gewerkschaften hinaus radikale Stellungen zu Themen der Sicherheits-, Umwelt- und Energiepolitik bezogen. In Zukunft – so ist aus der FNV-Zentrale zu hören – will man sich wieder mehr auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie auf Rechtshilfe für Mitglieder im Fall von Konflikten mit den Arbeitgebern konzentrieren. (SAD)

Trotz Wahlen kein Vertrauen in Managua

Kandidieren darf nur, wer zur Revolution steht / Sandinisten geben sich siegessicher

WERNER THOMAS, Miami

Der Kampf gegen die konterrevolutionären Brigaden und die Absichten der Reagan-Regierung standen monatelang im Mittelpunkt der Diskussionen in Managua. Jetzt beherrschen die geplanten Wahlen die Schlagzeilen der Presse. Nicaragua wird im nächsten Jahr einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und ein 90 Abgeordnete umfassendes Parlament erhalten, das neben seiner legislativen Arbeit auch eine Verfassung schreiben soll.

Der von dem Staatsratsvorsitzenden Carlos Nuñez verkündete Urnengang löste bei der Opposition jedoch skeptische Reaktionen aus. Zu viele Fragen müssen noch beantwortet werden. Die oppositionellen Politiker betrachten sich als gebrannte Kinder. „Wir können der sandinistischen Front kein volles Vertrauen schenken, weil sie ständig gegen das ursprüngliche Programm der Regierung verstoßen hat", kommentierte Luis Vega, der Generalsekretär der christlich-sozialen Partei.

Die Bevölkerung wird erst bei den Feiern zum 50. Todestag des Generals Augusto Cesar Sandino am 21. Februar Einzelheiten des Wahlprozesses erfahren. Der Comandante Nuñez informierte aber bereits über einige Richtlinien, die das Mißtrauen verstärkten.

So darf kein Kandidat antreten, der die sandinistische Revolution rückgängig machen will. Wenn es bei dieser Bestimmung bleibt, kann die Regierung alle bürgerlichen Bewerber ausschließen. Ausgeschlossen sind auch die Vertreter der konterrevolutionären Gruppen, so der im Süden des Landes kämpfende Eden Pastora (Comandante Cero) und sein Partner Alfonso Robelo, ein ehemaliger Junta-Mann. Die Opposition forderte ihrerseits ein Ende des Ausnahmezustandes, unbegrenzte Entfaltungsmöglichkeiten und einen freien Zugang zu den Medien. Das Fernsehen, die meisten Rundfunksender und zwei der drei Tageszeitungen werden von der Regierung kontrolliert.

„Wenn die Sandinisten tatsächlich freie Wahlen erlauben, werden wir gewinnen", prophezeite Felix Pedro Espinoza Briones, ein prominenter Politiker der demokratischen konservativen Partei. Das Gerücht macht die Runde, daß sich die bürgerliche Opposition auf einen Kandidaten einigen will; in diesem Zusammenhang fällt besonders oft der Name Arturo Cruz. Cruz, ein früherer Zentralbankpräsident und Junta-Vertreter, arbeitet heute für die Interamerikanische Entwicklungsbank in Washington. Er ist einer der angesehensten Männer Nicaraguas. Er sagte dieser Tage: „Wenn ich zur nationalen Versöhnung und zu einem Ende des Blutvergießens beitragen könnte, würde ich mich zur Verfügung stellen."

Junta-Mitglied Sergio Ramirez sagte einmal, im sandinistischen Nicaragua seien „keine Wahlen nach westlichem Muster" zu erwarten. Junta-Chef Daniel Ortega ließ im letzten Jahr wissen: „Weder Kugeln noch Stimmzettel können die revolutionäre Macht beenden." Rafael Solis, der Generalsekretär des von den Sandinisten kontrollierten Staatsrates, verkündete jetzt: „Wir sind sicher, daß wir siegen werden."

Viele westliche Beobachter in Managua teilen diese Meinung. Sie finden diese Wahlen lediglich deshalb interessant, weil dann ein starker Mann die Kollektivherrschaft der neun wichtigsten Comandantes beenden wird. Junta-Chef Daniel Ortega, 40, dessen Bruder Humberto die Schlüsselposition des Verteidigungsministers bekleidet, scheint die besten Chancen zu haben. Innenminister Tomas Borge, seit langer Zeit ein Rivale der beiden Brüder, soll jedoch immer noch versuchen, dem älteren Ortega die Präsidentschaftskandidatur streitig zu machen.

In Managua ist die Meinung weit verbreitet, daß diese Wahlen die ersten ernsthaften Machtkämpfe innerhalb der sandinistischen Führungsspitze bringen können. (SAD)

HANDBALL / Deutsche Mannschaft beim Weltcup-Turnier ohne Punktgewinn

Kritik an Trainer Simon Schobel – auf der Bank herrscht zuviel Unruhe

RAINER FÜLSCHER, Borlänge

Der Stachel der Erfolglosigkeit sitzt tief: Drei Niederlagen der deutschen Nationalmannschaft beim IV. Worldcup in Schweden gegen den Gastgeber (19:23), Weltmeister UdSSR (13:19) und den WM-Dritten Polen (22:25) haben Unruhe in die mit sechs Junioren verjüngte Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB) und auf die Bank von Trainer Simon Schobel (33) gebracht. Die Vorgabe, „etwas ohne Erfolgsdruck lernen zu wollen", war vergessen. Jetzt spielt Schobels Mannschaft, die einzige des Turniers ohne Punktgewinn, um Platz sieben gegen Spanien. Das drückt den Abstand aus, der zwischen dem deutschen und den übrigen Teams klafft, die bis auf Spanien und Schweden bei der auf Hochtouren laufenden Olympiavorbereitung sind.

Der Stempel der Zweitklassigkeit ist ein Jahr vor der B-WM in Norwegen zu einer Belastungsprobe für Mannschaft und Trainer geworden, die unter dem Eindruck der Serie von sechs Niederlagen seit dem Überraschungserfolg beim Vier-Länder-Turnier in Dänemark und dem Debakel mit dem letzten Platz beim Supercup in Dortmund am Selbstvertrauen des Trainers und der DHB-Auswahl nagt. Der jüngsten Mannschaft des Turniers fehlt ein Erfolgserlebnis, das bei der bis auf Rumänien angetretenen Weltspitze in Schweden nicht zu erwarten war.

„Die Chancenausnutzung war katastrophal", sagt Schobel. Zum dritten Mal suchte der Trainer in diesem Turnier die größte Schuld in der Unfähigkeit der einzelnen Spieler, aus hundertprozentigen Chancen etwas zu machen. Mindestens 15 ausgelassene Möglichkeiten in jedem der drei Spiele sind gegen die Weltklasse zuviel und geben Schobel in seiner Argumentation recht. Daß allerdings in den entscheidenden Phasen nach der Aufholjagd bis zur 12:11-Führung gegen Polen Experimente im Dekkungs-System und Umstellungen innerhalb der Spielerpositionen die Betroffenen verwirrten und nicht motivierten, blieb in seiner Ursachenforschung unberücksichtigt.

„Die Mannschaft muß von der Bank mit Ruhe geführt werden. Das Team besaß in dieser Formation ohne Vorbereitung keine Turniererfahrung." Die Schnell-Analyse des Beauftragten vom Bundesausschuß Leistungssport (BAL), Dieter Erich, deutet an, daß eine konsequente Linie mit Überlegung und Übersicht in den entscheidenden Situationen von außen fehlte. „Enttäuschend war vor allem, daß bei den älteren Bundesligaspielern wie Schwenker und Meffle nach der Steigerung gegen die UdSSR die Konzentration aufgrund des konditionellen Einbruchs fehlte. Erfreulich, wie vor allem Michael Roth versuchte, auf der Mittelposition Ruhe und Druck nach vorne zu bringen." Der 22 Jahre alte Roth schoß in seinem dritten Länderspiel sieben Tore.

In der Tat fielen gegen Polen über den linken Flügel allein 15 Gegentreffer durch den überragenden Kordowiecki (8) und den erst 17 Jahre alten Wenta (7). Als die beiden Jüngsten zur Tore-Jagd ansetzten, saßen mit Happe und Springel (beide Essen) die stärksten Abwehrspieler auf der Bank. Zudem ließ Schobel den bis zum 13:14 mit vier Treffern erfolgreichen Göppinger Linkshänder Schwalb auf die Mittelposition wechseln, auf der Michael Roth bis dahin ein ausgezeichnetes Spiel gezeigt hatte. Damit fehlte der immer konfuser werdenden Mannschaft der Dirigent.

„Der neue Kader bleibt auf alle Fälle zusammen", sagte Schobel, noch sichtlich beeindruckt von der Niederlage. Die drei Junioren Michael Roth, Schwalb und Neitzel, der nach seinem ausgezeichneten Einstand mit vier Treffern gegen die UdSSR wie erwartet, seine Leistung nicht wiederholen konnte, sind für Schobel die Entdeckungen des Turniers. Dörhöfer und Fraatz aus dem Vize-Weltmeister-Team der Junioren kamen nur sporadisch zum Einsatz, dürften aber ihren Stammplatz im Kader der etwa 23 Spieler sicher haben, mit denen Schobel bis zur B-WM in Norwegen noch mindestens 30 Länderspiele bestreiten wird.

In der harten WM-Vorbereitung sollen die „Jugoslawien-Trophäe" und das Karpaten-Turnier Ende Juni trotz der gerade abgelaufenen Bundesliga-Saison der Zeitpunkt sein, an dem der endgültige 20er-Kader benannt wird. Bis dahin ist zu erwarten, daß Reservespieler wie Gnau, Damm und Roch (alle Großwallstadt) sowie Hütt (Gummersbach) und Bauert (Hofweier) alle ihre Chance erhalten werden. Die schweren Knieverletzungen von Sommerfeld (Kiel) und Paul (Großwallstadt), der Schobel nur im Vier-Länder-Turnier in Dänemark überzeugte, machen unsicher, wann mit den beiden dringend benötigten Rückraumspielern wieder zu rechnen ist. Sollten die beiden ausfallen, bliebe eine Lücke offen, die nur noch der Großwallstädter Freisler und Wunderlich schließen können.




Weltrekord geschafft: Der jubelnde Francesco Moser, der auf einem Spezialrad für 100 000 Mark fuhr. FOTOS: DPA

Francesco Moser und die Wissenschaft

Fünfzig Kilometer, 809 Meter und 37 Zentimeter legte der Italiener Francesco Moser innerhalb einer Stunde auf dem Fahrrad zurück – in der Nacht zum Freitag auf der 2300 Meter hoch gelegenen Piste von Mexiko-City. Das waren 1,3 Kilometer mehr als der Belgier Eddy Merckx am 25. Oktober 1972 geschafft hatte.

Ein neuer, fantastischer Stunden-Weltrekord – der wertvollste im Radsport überhaupt – war aufgestellt worden, und die Stars von gestern und heute reagierten verblüfft. Gino Bartali, Italiens früherer großer Giro-Sieger: „Moser ist ein Monstrum." Mosers italienischer Kontrahent Guiseppe Saronni: „Ich habe es ihm zugetraut, doch nicht auf diese historische Weise." Der frühere französische Weltrekordler Jacques Anquetil: „Einfach verrückt! Ich habe ihm zugetraut, allenfalls bis auf 300 Meter an den Rekord von Merckx heranzukommen."

Und Eddy Merckx, der nun entthronte Weltrekordler? „Ich kann es einfach noch nicht glauben", sagte er gestern vormittag in Brüssel, „er hat meinen Rekord regelrecht pulverisiert. Und das im Januar, wenn man sich eigentlich auf die neue Saison vorbereitet. Aber das alles ist wohl eher ein Sieg der Wissenschaft und nicht des Athleten." Was Mercks damit sagen will, ist dies: Als er vor fast dreizehn Jahren nach Mexiko aufbrach, tat er dies im Anschluß an die Straßen-Saison. Daheim in Brüssel hatte er im Keller seines Hauses zuvor einen Tag lang mit einer Sauerstoffmaske geübt. Er wollte damit die Höhenlange von Mexiko-City simulieren. Ganze zehntausend Mark kostete damals das Unternehmen.

STAND PUNKT

Und heute? Das Unternehmen „Stunden-Weltrekord" kostete im Falle Moser rund 1,5 Millionen Mark, die von den italienischen Firmen Enervit (Aufbau-Präparate) und Olivetti (Büro-Maschinen) zur Verfügung gestellt wurden. In seiner eigenen Fahrradfabrik ließ Moser für etwa 100 000 Mark ein Spezial-Rad entwickeln, dessen Speichen wegen der Windschlüpfrigkeit durch Scheiben aus Karbonfiber ersetzt wurden. Getestet hatte Moser das teure Stück im Windkanal von Fiat in Turin. 25 Wissenschaftler (Ärzte, Ingenieure, Meteorologen und Techniker) gehörten in Mexiko zu Mosers Weltrekord-Mannschaft. Und trotzdem sollte es in der Nacht zum Freitag nur einen Versuch über 30 Kilometer geben. Aber dann rollte es eben ...

Montag nacht will der 32jährige Ex-Weltmeister erneut den Stunden-Weltrekord attackieren. Um ihn dabei lautstark zu unterstützen, fliegen heute 300 Fans aus seinem Heimatdorf Palu di Giove in den Dolomiten mit einem Sonderflugzeug von Mailand nach Mexiko.

32 Jahre alt ist Francesco Moser, und er ist längst einer der größten Radrennfahrer aller Zeiten. Nun hat er mit dem Stunden-Weltrekord obendrein Sport-Geschichte geschrieben, so, wie es die Superschwergewichtler im Gewichtheben oder die schnellsten 100-m-Sprinter aller Zeiten taten.

Wieviel Kilometer kann ein Mensch innerhalb einer Stunde auf dem Fahrrad zurücklegen? Seit 1894 versucht man, diese Frage mit ständigen Rekordfahrten zu beantworten. Ein Ende ist gerade jetzt nicht abzusehen. Was sagte doch der viermalige Tour-Sieger Bernard Hinault: „Moser hat mich nicht besonders beeindruckt."

KLAUS BLUME

FUSSBALL

Littbarski nach Italien abgeschoben?

DW. Köln

Schon der erste Spieltag der Rückrunde der Fußball-Bundesliga kann wichtige Hinweise auf den Kampf um die Meisterschaft geben. Die großen Favoriten stehen vor schweren Auswärtsspielen: Bayern München in Leverkusen, Hamburg in Kaiserslautern und Stuttgart in Braunschweig. Nach der Hinrunde führt der VfB Stuttgart in der Tabelle mit einem Punkt Vorsprung vor München, der Hamburger SV liegt hinter Gladbach und Bremen lediglich an fünfter Stelle – mit drei Punkten Rückstand auf Stuttgart.

Neue Unruhe gibt es beim 1. FC Köln: Nationalspieler Pierre Littbarski, Kapitän der Mannschaft, befürchtet, von seinem Verein ins Ausland abgeschoben zu werden. Nach der Pokalniederlage der Kölner beim abstiegsbedrohten Zweitliga-Klub Hannover 96 (2:3) hatten Mannschaftskollegen indirekt Kritik an Littbarski geübt und ihm vorgeworfen, er hemme mit seinen Dribblings das Spiel. Littbarskis Berater Rüdiger Schmitz sagte: „Wenn der 1. FC Köln zum Auftakt der Rückrunde in Bielefeld verliert und eine Woche später gegen Fortuna Düsseldorf nicht gewinnt, dann muß die Teilnahme am UEFA-Pokal abgeschrieben werden. Dann muß man mit hohen Einnahmeverlusten kalkulieren. Hinzu kommt, daß eine Weiterverpflichtung von Klaus Allofs viel Geld kostet. Folglich wird man Littbarski verkaufen."

Angeblich haben sich bereits drei italienische Klubs für Littbarski interessiert, der einen Vertrag bis 1986 besitzt: Juventus Turin, AC Mailand und AS Rom. Der Geschäftsführer des 1. FC Köln, Meier, bestätigte, daß „seriöse Interessenten" bereit seien, für den 23 Jahre alten Stürmer etwa fünf Millionen Mark anzulegen. Littbarski: „Bei einem Millionen-Angebot dürfte sich der 1. FC Köln wohl gegen mich entscheiden. Ich habe aber kein konkretes Angebot vorliegen und würde auch nicht gerne die Position aufgeben, die ich mir in der Mannschaft aufgebaut habe."

Heute spielen (15.30 Uhr)

Spiel	Hinrunde
K'lautern – Hamburg	(2:3)
Dortmund – Frankfurt	(2:2)
Uerdingen – Nürnberg	(4:3)
Leverkusen – München	(1:2)
Offenbach – Bochum	(0:1)
Bremen – Mannheim	(0:2)
Braunschweig – Stuttgart	(0:3)
Bielefeld – Köln	(3:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde

NACHRICHTEN

Havelange: Bis 1990?

Brasilia (sid) – Joao Havelange, der Präsident des Welt-Fußball-Verbandes (FIFA), will sich bei der Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko zur Wiederwahl stellen. Der 68jährige möchte bis 1990 die FIFA führen.

Nigbur zum VfB Hüls

Marl-Hüls (sid) – Der frühere Fußball-Nationaltorhüter Norbert Nigbur hat einen Antrag auf Reamateurisierung gestellt. Der 35jährige will künftig für den westfälischen Landesliga-Aufsteiger VfB Hüls spielen.

Schneller als Lauda

Rio de Janeiro (dpa) – Bei Testfahrten in Rio de Janeiro war der deutsche Formel-1-Rennfahrer Manfred Winkelhock (ATS) schneller als der Österreicher Niki Lauda auf McLaren-Porsche.

Schuster: Freigabe bestätigt

Barcelona (dpa) – Der FC Barcelona bestätigte die Freigabe des deutschen Fußball-Nationalspielers Bernd Schuster für das Training in Varna. Schuster fliegt am 13. Februar gemeinsam mit der deutschen Nationalmannschaft nach Bulgarien.

Bobfahrer ohne Kopie

Innsbruck (sid) – Ohne die den sowjetischen Schlitten nachempfundene Kopie des Italieners Oskar Podar, wird die deutsche Mannschaft bei den Zweierbob-Europameisterschaften an diesem Wochenende in Innsbruck antreten. Bundestrainer Zimmer: „Wir hatten Schwierigkeiten mit der Lenkung."

Zielsichere Norwegerinnen

Ruhpolding (sid) – Zwei Norwegerinnen imponierten bei der Premiere im Damen-Biathlon in Ruhpolding: Siegerin Mette Mestad und die Zweitplacierte Siv Braaten bekamen bei den drei Schießeinlagen jeweils nur eine Strafminute.

Ashford nicht in der Halle

Los Angeles (sid) – Die amerikanische 100-m-Weltrekordlerin Evelyn Ashford wird wegen der kommenden Olmympia-Saison keine Hallenrennen bestreiten. „Meine Verletzung bei den Weltmeisterschaften in Helsinki hat damit nichts zu tun,", erklärte sie.

TURNEN

Friedrich trat zurück

dpa, Frankfurt

Der nach den Weltmeisterschaften im letzten Oktober wegen seiner Kritik an den Leistungen der deutschen Kunstturner in die Schußlinie geratene Eduard Friedrich hat beim Bundessausschuß Leistungssport (BAL) den Posten als Koordinator Turnen niedergelegt. „Ich habe keine Zusammenarbeit mehr mit den Vertretern des Deutschen Turner-Bundes gesehen. Und weil ich befürchte, daß es ähnliche Kontroversen auch in Zukunft gibt, höre ich lieber auf", erklärte der frühere Cheftrainer seinen Schritt.

Bis zu den Olympischen Spielen in Los Angeles werden Friedrichs Aufgaben Helmut Meyer als hauptamtlicher BAL-Direktor und Lutz Endlich als Planungs-Direktor und damit Chef aller Koordinatoren kommissarisch übernehmen. „Erst nach Los Angeles werden wir neu entscheiden. Das ist besser, als jetzt ad hoc einen Nachfolger zu benennen", sagte Endlich.

Der von Friedrich kritisierte Cheftrainer Philipp Fürst hat inzwischen seine Ankündigung zurückgezogen, als Mitglied der Trainerkommission zurückzutreten.

Nach der ersten Trainingswoche der Kunstturnerinnen für die Olympischen Spiele im Frankfurter Leistungszentrum meldete Cheftrainer Vladimir Prorok: „Die Riege hat alles unbeschadet überstanden." Mit einer Woche Verspätung hatte die deutsche *Meisterin Yvonne Haug* (Berlin) das Training *aufgenommen*, nachdem sie sich von ihrem Heimtrainer Jupp Hinz getrennt hatte.

SKI ALPIN

Nebel: Rennen abgesagt

R. EINFELD, Kitzbühel

Nebel und Neuschnee lassen die Veranstalter der klassischen Hahnenkamm-Abfahrt in Kitzbühel (heute, 12 Uhr) um eine reguläre Austragung dieses Weltcup-Rennens bangen. Wegen Nebels mußte bereits gestern die Damen-Abfahrt in Verbiers auf heute (10.55 Uhr) verschoben werden. Irene Epple (Seeg) wird mit der Startnummer eins fahren.

In Kitzbühel litt das gestrige Abschlußtraining unter dauerndem Neuschnee und Nebel, so daß nach der Startnummer 47 erst einmal eine lange Pause eingelegt werden mußte. Schnellster im Abschlußtraining auf der Kitzbühler Streif war der Schweizer Riesentorlauf-Spezialist Pirmin Zurbriggen, einer der Favoriten auf den Sieg im Gesamt-Weltcup. Obwohl der Schweizer im Zielschuß die Fahrt drosselte, war er erheblich schneller als der österreichische Favorit Erwin Resch. Der beste Abfahrer dieses Winters, der Schweizer Urs Räber, belegte den vierten Platz. Erneut in großer Form zeigte sich der australische Meister Steven Lee als Fünfter. Er hatte vor einer Woche bei der Lauberhorn-Abfahrt in Wengen schon Rang fünf belegt.

Bei einem internationalen Riesentorlauf in Kirchberg, in der Nähe Kitzbühels, triumphierte zuvor überraschend der deutsche Läufer Egon Hirt (Titisee), als er in beiden Läufen Bestzeit fuhr. Hirt distanzierte die gesamte Weltspitze und siegte vor dem Schweizer Max Julen. Bundestrainer Klaus Mayr: „Es geht doch, wenn die Jungen nur wollen."

EISHOCKEY / Erstes Testspiel gegen die UdSSR 2:6, trotz guter Leistungen verloren

Ein Erfolg für Xaver Unsinn: Ordnung im Team

DW. München

Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn hat erst einmal recht behalten mit seiner Personalpolitik. Er hat für Ordnung in der deutschen Nationalmannschaft gesorgt. „Ich muß, auch im Hinblick auf die Bundesliga, ein Signal setzen", sagt Unsinn. Nach der 2:6 (1:1, 1:2, 0:3)-Niederlage gegen Rekord-Weltmeister UdSSR – es war die 50. im 50. Spiel, ein trauriges Jubiläum – vor 4500 Zuschauern in der Münchner Eishalle verteidigte er temperamentvoll seine Maßnahme, auf die „undisziplinierten Heißsporne" Peter Schiller (Kölner EC) und Horst-Peter Kretschmer (SB Rosenheim) zu verzichten. Sein Konzept für die Olympischen Winterspiele: „Auf der Strafbank kann man keine Spiele gewinnen. Wer nicht hören will, muß fühlen." In einem langen Gespräch in der vergangenen Woche zeigte sich Kretschmer einsichtig. Als neues Ziel peilt der Verteidiger nun den Canada-Cup an.

Im Aufgebot für Sarajevo, das zwei Drittel lang mit den Weltmeistern aus der UdSSR mithalten konnte, fehlt auch der Name von Holger Meitinger (Kölner EC), 1981 immerhin Scorer-König bei der WM in Schweden. Unsinn: „Da sagt sogar der eigene Vereinspräsident, daß der Holger kaum noch bundesligatauglich ist. Auswärts bringt er überhaupt nichts."

Viel erfreulicher war da schon die Leistung des Junioren-Sturms mit Manfred Ahne (SB Rosenheim), Dieter Hegen (ESV Kaufbeuren) und Jürgen Adams (Mannheimer ERC). Mit erfrischenden Kombinationen, die allerdings wenig Resonanz fanden, setzten sie der Mannschaft von Staatstrainer Viktor Tichonow zu. Unsinn: „Die junge Reihe hat sich sehr gut gehalten und sich gegen so einen starken Gegner bewährt."

Während Ahne und Adams ihre Sarajevo-Fahrkarte noch nicht in der Tasche haben und mit jugendlichem Elan darum kämpfen, zählt Mittelstürmer Dieter Hegen zu den festen Größen im 23 Mann starken Aufgebot von Unsinn, das am 29. Januar auf 20 Olympia-Teilnehmer reduziert wird. „Wenn wir mit drei Sturmreihen agieren, wird Hegen zusammen mit Erich Kühnhackl und Helmut Steiger die erste Linie bilden", kündigt Unsinn an. Diese Umstellung hat sich schon bei der Kanada-Reise im Dezember als Glücksgriff erwiesen.

Die Blockbildung bewährte sich auch in vielen zündenden Spielideen. Der frühere Landshuter Michael Betz paßt im ersten Sturm gut zu Kapitän Erich Kühnhackl und Torjäger Helmut Steiger vom deutschen Meister. Ernst Höfer, Gerd Truntschka und Franz Reindl spielen zwar bei drei verschiedenen Vereinen, kennen sich aber bestens seit ihrer gemeinsamen Junioren-Zeit. Viel Druck macht auch der Kölner Marcus Kuhl neben seinen früheren Mitspielern Roy Roedger und Manfred Wolf vom Bundesliga-Vorrundensieger Mannheimer ERC.

In Zukunft möchte Unsinn jedes Jahr abwechselnd den Iswestija-Cup in Moskau und den Canada-Cup mit seiner Nationalmannschaft bestreiten, „damit wir von allen Systemen das Beste abschauen können". Trokkener Kommentar von Tichonow: „Dann hast du bald die beste Mannschaft der Welt ..."

Tichonow und seine Mannschaft strotzen vor Selbstbewußtsein. Zum Streit der Kanadier mit dem Olympischen Komitee – die Nordamerikaner wollen Profis spielen lassen – sagt der Trainer: „Sollen sie doch alle aufstellen. Unsere Niederlage von Lake Placid wird sich nicht wiederholen."

ZAHLEN

HANDBALL

Weltcup-Turnier, Gruppe A: Bundesrepublik Deutschland – Polen 22:25, UdSSR – Schweden 35:24. – Gruppe B: „DDR" – Spanien 24:24, Jugoslawien – Dänemark 22:21. – Das Endspiel bestreiten UdSSR und Dänemark, Deutschland spielt um Platz sieben gegen Spanien.

TENNIS

Kingscup in Essen, Gelbe Gruppe: Großbritannien – Irland 2:1 (Mottram – Soerensen 7:5, 7:6, Dowdeswell – Doyle 5:7, 4:6, Mottram/Dowdeswell – Soerensen/Doyle 3:6, 6:4, 7:6).

BASKETBALL

Europacup der Landesmeister, Frauen, Viertelfinale: Agon 08 Düsseldorf – Levski Spartak Sofia 63:57. – Deutsche Meisterschaft, Männer, Gruppe B: Saturn Köln – USC Bayreuth 116:75.

OLYMPIA-SERIE / Amerikas Eishockeyspieler – sie besiegten in Lake Placid den Weltmeister Sowjetunion, doch ihr Ruhm verblaßte sehr schnell

Der Fluch des Goldes – aber der Kapitän verdient Geld mit Heldenerzählungen

Von MARTIN HÄGELE

Vor ein paar Wochen war in der größten Zeitung der Mormonenstadt Salt Lake City folgende Notiz zu lesen: „Jetzt hat er den Profisport endlich begriffen, und er weiß inzwischen, daß seine Goldmedaille daran schuld ist, daß das so lange gedauert hat." Der Artikel handelte von Jim Craig, Eishockeytorwart in Salt Lake City, zweite Liga.

Jim hatte dem Gold geglaubt. Er war Olympiasieger geworden. Seine Mannschaft hatte die russischen Sputniks geschlagen, die Tschechen, die Schweden und die Finnen. Millionen Amerikaner jubelten. Allen voran Jimmy Carter. „You are a hero, I'm glad to see you", so hatte der Präsident der Vereinigten Staaten den Torwart Jim Craig begrüßt, nachdem er die Helden der Nation direkt aus Lake Placid ins Weiße Haus hatte einfliegen lassen.

In Lake Placid hatten die Glocken aller Kirchen geläutet für die Nationalhelden. In Atlanta kamen Wochen später zu den ersten Spielen 15 000 Zuschauer, die Halle war ausverkauft. Alle wollten den neuen Profistar, diesen verteufelt guten Jim Craig im Tor der Atlanta Hawks sehen. Ein paar Wochen verziehen sie ihm seine Fehler, dann wurde Jim Craig Ersatzmann, dann tauchte er nur noch auf der Tribüne auf, schließlich wurde er an die Boston Bruins, von dort an die North Stars Minnesota verkauft. Dort setzte sich das Spiel fort.

Und jetzt erst, fast vier Jahre nach dem Triumph von Lake Placid ist Jim Craig wieder das, was er einmal war: ein guter Torwart. Der Fluch des Goldes hänge an seinen Handschuhen, sagt er. Doch Jim Craig ist kein Einzelfall, fast alle mußten sie dem Ruhm seinen Tribut zollen.

● Herb Brooks, der Trainer, der diese milchgesichtige Studententruppe zu einer phantastischen Eishockey-Mannschaft zusammengeschweißt hatte, scheiterte beim Versuch, mit dem Team des HC Davos Schweizer Eishockeymeister zu werden. Nach fünf Monaten setzte er sich wieder in ein Flugzeug Richtung Amerika. Vor zwei Jahren verpflichteten ihn die New York Rangers. Hier fand der Meister den Erfolg, seinen Schüler Dave-Silk und bei der lokalen Konkurrenz, dem Stanley-Cup-Sieger New York Islanders, auch den bärtigen Draufgänger Ken Morrow wieder.

● Mike Eruzione muß damals einen fünften Sinn fürs Schicksal gehabt haben. Er hatte den Russen den Puck zum entscheidenden 4:3 ins Netz gesetzt. Eine solche Sternstunde würde sich nicht mehr wiederholen, erklärte er, und deshalb trete er auch auf dem Höhepunkt seiner Karriere ab. So machte Mike das beste Geschäft: Er beriet das Film-Team, das das „Miracle on Ice", das Wunder von Lake Placid, in Hollywood nachdrehte. Er zog durchs Land und vermarktete die Medaille als Festredner. „Wenn ich vor 500 Menschen über den Sieg von Lake Placid spreche, muß ich anschließend 500 Autogramme geben."



● In 18 Tagen werden die Olympischen Winterspiele in Sarajevo eröffnet. Die WELT stellt in einer Serie, die in losen Folgen erscheint, die großen Stars des Wintersports vor. Hauptsächlich die, die vor vier Jahren in Lake Placid Gold gewonnen haben. Heute: die Eishockey-Olympiamannschaft der USA, die im eigenen Lande die größte Sensation schuf und im Finale die Sowjetunion mit 4:3 besiegte. Was ist aus den „Helden" (Präsident Carter damals) geworden? Die Amerikaner Steve und Phil Mahre gehören noch immer zu den Favoriten des alpinen Skisports. Die nächste Folge der WELT-Serie beschreibt ihren Aufstieg, hinter dem ein deutscher Trainer steht: Harald Schönhaar, der nach den Spielen von Sapporo (1972) vom Deutschen Ski-Verband entlassen worden war.

Zeichen von Eruziones Popularität: Sein Konterfei ziert in seiner Heimatstadt Wintthrop (Massachusetts) die Titelseite des örtlichen Telefonbuches. Ein Teil jener Dollars, die Team-Kapitän Mike Eruzione für seine Heldenerzählungen bekommt, fließen den Erben der Sieger von Lake Placid zu. Auf 1,4 Millionen Dollar beläuft sich das Budget des 84er US-Teams, fast doppelt soviel wie das Eishockey-Unternehmen Lake Placid einst gekostet hat.

● Phil Verchota (26) trägt nun die Binde des Spielführers. Er und der gleichaltrige John Harrington sind übriggeblieben. Lebendige Zeugen des Wunders und Vorbilder für ihre Nebenleute, die noch braver und bartloser aussehen als die Boys vor vier Jahren: Durchschnittsalter 21 Jahre, drei besuchen noch die Oberschule.

„Wir sind die großen Außenseiter in Sarajevo", sagt Lou Vairo (38), der neue Coach der Amerikaner. Vairo sieht aus, als habe er schon zu viele Hamburgers gemampft: Bäuchlein, Doppelkinn, ein totaler Gegensatz zu Herb Brooks, jener Mischung aus General und Professor mit der Referenz von über 100 Eishockey-Länderspielen.

Vairo hat eine verrückte Vergangenheit. In den Wolkenkratzer-Schluchten von Brooklyn hat er Rollhockey gespielt. Aber weil ihn Kufen doch mehr faszinierten, las er sich sein Wissen über Eishockey an. Der junge Vairo aber beließ es nicht bei den Büchern, sondern reiste zum berühmtesten aller Eishockey-Lehrer nach Moskau. Professor Anatoly Tarasov tröstete den Autodidakten aus New York: „Du muß deine Leute nicht mit den Beinen, sondern mit deinem Hirn und deinem Herzen trainieren."

Vairo hat sich immer an diesen Lehrsatz gehalten, der seine Komplexe vertrieben hat. Anfangs mitleidig belächelt, boxte sich Vairo nach oben. Nur selten wurde er protegiert. Aber er schaffte, was auch Herb Brooks gelungen war, er wurde Coach in Minnesota. Dort, so behaupten die Experten, schlage das Herz des amerikanischen Eishockeys. Der letzte Sprung zum Chef des Olympia-Teams fiel Vairo dann nicht mehr so schwer.

Der Trainer hat einiges von seinem Vorgänger übernommen. Zum Beispiel dies: „Die Russen kannst du nur schlagen, wenn du ihnen konditionell mindestens gleichwertig bist."

Sämtliche Trainer jener Mannschaften, gegen die Vairos Truppe in der Vorbereitung angetreten ist, haben bestätigt, das Team von '84 sei läuferisch noch stärker als die 80er-Truppe. Und Herb Brooks habe keinen solchen Superstar besessen wie den 18jährigen La Fontaine, den Eishockey-Wunderknaben.

Im internen Kreis füttert Vairo seine Boys mit Selbstvertrauen. Wenn sie den russischen Goliath ein zweites Mal stürzen wollten, müßten sie zu allererst einmal an diese Möglichkeit glauben. Er selbst tut's. Bei einem amerikanischen Journalisten ist Vairo aus seiner Haut der öffentlichen Zurückhaltung geschlüpft.

Mit großen Augen schwärmte er da: „Wir müssen die erste Runde überstehen. Dann Schweden, die können wir schlagen. Dann kämpfen wir gegen die Russen um Gold. Ich kann das sehen. Ich kann jetzt schon das ganze Spiel sehen. Ich sage jetzt nicht, wie es ausgeht. Aber meiner Mannschaft werde ich es vorher mitteilen. Und dann werden wir zusammen einen großen Traum erleben!"

Moskauer Kritik an „Annäherung" USA–China

dpa, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat in einer Bilanz des USA-Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang eine scheinbare Annäherung zwischen Peking und Washington kritisiert. Die Gegensätze zwischen Peking und Washington seien während des Besuchs von Zhao bewußt abgeschwächt worden, kommentierte die „Prawda". China spiele die amerikanische „Karte" aus und versuche auf wirtschaftlichem Gebiet das Maximum für sich herauszuholen.

China und die USA hielten nach wie vor an ihren gemeinsamen Ansichten über die UdSSR, Afghanistan und Indochina fest, hieß es in der „Prawda" weiter. Washington habe erklärt, daß die chinesisch-amerikanischen Beziehungen vor allem unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen strategischen Ziele zu sehen seien. Der chinesische Premier habe das zwar nicht bestätigt, aber auch nicht zurückgewiesen.

Die Kritik in der „Prawda" war der *erste Kommentar zum* USA-Besuch Zhaos.

„Anzeichen von Entkrampfung"

dpa, Kiel

Anzeichen für eine Entkrampfung der deutsch-deutschen Beziehungen sind nach Meinung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland in *Ost-Berlin, Staatssekretär* Hans-Otto Bräutigam, 1983 sichtbar geworden. In Kiel stellte Bräutigam heraus, daß SED-Chef Erich Honecker in seinem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 5. Oktober 1983 als erster „DDR"-Politiker „im Namen des deutschen Volkes" gesprochen habe. Die SED-These von den zwei deutschen Nationen sei in der „DDR" schon lange nicht mehr wiederholt worden; zu deutlich sei die Ablehnung bei der eigenen Bevölkerung gewesen.

Den Milliarden-Kredit an Ost-Berlin nannte Bräutigam „nicht wirtschaftlich, sondern nur politisch erklärbar". In einer schwierigen Liquiditätslage sei ihr „fast ein Akt der Solidarität mit dem schlechter gestellten deutschen Staat" geübt worden. Die „DDR" habe mit politischen Erleichterungen geantwortet. Bräutigam zählte hierzu unter anderen den begonnen Abbau der Selbstschußanlagen an der Demarkationslinie.

Shamir: „Wir werden Kohl in Freundschaft empfangen"

Der Kanzler spricht von historischer Verantwortung

DW/SAD, Jerusalem/Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird in der kommenden Woche bei seinem Israel-Besuch nach den Worten von Premier Yitzhak Shamir „in Freundschaft und mit allen ihm gebührenden Ehren empfangen" werden. Dies gelte ungeachtet der „kritischen Frage" deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, sagte Shamir in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) am Freitag in Jerusalem.

Der israelische Ministerpräsident zeigte sich davon überzeugt, daß bei seinen Unterredungen mit dem Bundeskanzler die Frage deutscher Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien „zur Sprache" kommen werde. Es gehe dabei grundsätzlich darum, daß arabische Staaten, die keine friedlichen Beziehungen mit Israel unterhielten, keine Waffen bekommen sollten, meinte Shamir. Deutschland trage in dieser Frage eine „historische Verantwortung". Er hoffe, Kohl in dieser Frage umstimmen zu können, sagte Shamir.

Die Frage deutscher Waffenlieferungen an Riad wurde auch bei einem Interview *des Bundeskanzlers* mit dem israelischen Fernsehen angesprochen. Kohl: „Wir werden darüber ganz offen reden. Sinn dieses Besuches ist es ja, daß wir ganz offen miteinander über Gemeinsamkeiten aber auch über mögliche Probleme miteinander reden."

Kohl erinnerte in dem Interview an die *historische* Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk. „Nach all dem Entsetzlichen, das im deutschen Namen den Juden geschehen ist, ist es ganz wichtig, daß wir nicht nur formale Beziehungen haben, sondern daß es auch Beziehungen sind, die nicht nur den Verstand, sondern auch das Herz bewegen." Kohl bezog sich auch auf das Vermächtnis des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, als er auf sein Verhältnis zu den Juden zu sprechen kam: „Ich bin auch persönlich sehr geprägt von der deutsch-jüdischen Beziehung. Ich komme aus einer Landschaft aus der Pfalz, die ja von einer besonders intensiven Symbiose zwischen jüdischen und deutschen Mitbürgern geprägt war."

Die SPD-Abgeordnete und Vizepräsidentin des Bundestages, Annemarie Renger, hat den Kanzler aufgefordert, bei seinen Gesprächen in Israel klarzustellen, daß Bonn keine Waffen an Saudi-Arabien liefern werde, die Jerusalem als bedrohlich *empfinden müßte. Jede andere Politik* würde den bereits ausgeweiteten Richtlinien für Waffenexport widersprechen und die freundschaftlichen Beziehungen zu Israel belasten, sagte Frau Renger.

Gesetz über Vorruhestand bleibt umstritten

dpa, Bonn

Der Sinn des von der Bundesregierung vorgelegten Vorruhestandsgesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt zwischen der Koalition und den Oppositionsparteien hart umstritten. Während Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) den Entwurf bei der ersten Beratung im Bundestag gestern als „seriöses Angebot" bezeichnete, äußerten Abgeordnete der SPD und der Grünen Zweifel daran.

Blüm appellierte an die Tarifpartner, die Vorruhestandsregelung wirksam für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit einzusetzen und in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen Friedenswillen zu zeigen. Schon jetzt, so der Minister, habe das aus einer Idee der Gewerkschaften entstandene Vorruhestandsgesetz die „erstarrten Fronten" in der Tarifpolitik aufgelockert.

Für die FDP hob Dieter Julius Cronenberg vor allem die Kostenneutralität des Entwurfs hervor. Außerdem erlägen diejenigen, die der Verkür*zung der Lebensarbeitszeit die* 35-Stunden-Woche vorzögen, dem „Hauptirrtum der Arbeitsverteilungsapostel" von einem fest umrissenen Maß an Arbeit. Dies gebe es aber nicht, erklärte Cronenberg.

Sacharow bittet KVAE um Hilfe für seine Frau

Schwer Herzkranke darf nicht zur Behandlung ins Ausland

AP/DW. Stockholm

Der sowjetische Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow hat die Teilnehmer der in Stockholm tagenden Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) gebeten, seine schwer herzkranke Frau Jelena Bonner in ihrem Bemühen um ein Reisevisum für das Ausland zu unterstützen. In dem jetzt in den Westen gelangten Appell heißt es: „Nur eine Reise ins Ausland zur ärztlichen Betreuung kann meine Frau und mich retten, denn ihr Tod wäre auch der meinige."

Nach mehreren Herzinfarkten habe Jelena Bonner im September 1983 ein Reisevisum beantragt, und Sacharow habe diesen Antrag im Oktober in einem Schreiben an Staats- und Parteichef Jurij Andropow wiederholt, das jedoch unbeantwortet blieb, berichtete der Regimekritiker. „Ich flehe die Leiter der ausländischen Delegationen und alle Konferenzteilnehmer an, meinen Antrag bei Andropow auf offiziellem und diplomatischem Wege sowie in den Konferenzkorridoren zu unterstützen", schreibt Sacharow.

Das Schreiben Sacharows ist vom 12. Januar aus Gorki datiert, wurde in den Westen geschmuggelt und gestern unter den KVAE-Delegationen verbreitet, meldet die schwedische Zeitung „Expressen". Wegen der Verfolgung, der sich das Ehepaar Sacharow in der Sowjetunion ausge*setzt sehe, sei für Jelena Bonner dort* keine ausreichende medizinische Versorgung möglich, wird darin betont.

In einem anderen Schreiben, *das* Andrej Sacharow bereits im November 1983 aus Gorki an seine wissenschaftlichen Kollegen im Ausland *richtete*, äußert er die Sorge: „*Ich* fürchte – und halte diese Furcht für berechtigt –, daß Mittel und Wege gefunden werden könnten, um Jelenas Tod herbeizuführen, falls sie ins Krankenhaus gebracht wird. Das Risiko würde größer werden, wenn sie allein ins Krankenhaus käme, es würde aber nicht vollständig dadurch beseitigt, daß ich auch dort wäre."

Der Wissenschaftler erwähnt in dem Schreiben, daß seine Frau am 25. April einen schweren Herzinfarkt erlitt, auf den später mehrere Herzattacken folgten. Im Oktober sei es dann wieder zu einem schweren Herzanfall gekommen. Der im Mai und Juni unternommene Versuch, gemeinsam ins Hospital der Akademie der Wissenschaften der UdSSR eingeliefert zu werden, sei fehlgeschlagen, obwohl eine Ärztekommission Gorki besuchte und konstatierte, daß Sacharow *selbst ebenfalls stationärer* Behandlung bedürfe.

„Weltfriedensrat" berät Aktionen im Sinne Moskaus

hrk. Berlin

In einem Westberliner Luxushotel berät der *kommunistisch* gelenkte „Weltfriedensrat" über neue Aktionen gegen die westliche Verteidigungspolitik und eine Einflußnahme auf die *Öffentlichkeit im Sinne Moskaus*.

Der Präsident der Organisation, der Inder Romesh Chandra, zeigte sich auf Fragen über die Festnahme von Mitgliedern der kirchlichen Friedensbewegung in der „DDR" informiert. Der „Weltfriedensrat" unterstütze das Recht jedes Menschen, für den Frieden einzutreten: „Aber wir unterstützen keine Maßnahmen, durch die die innenpolitische Ordnung geändert oder gar gestürzt werden soll."

Über die Stationierung sowjetischer Atomraketen in der „DDR" und CSSR zeigte er sich zwar „beunruhigt", verwies aber auf ihren angeblichen Abbau bei entsprechenden westlichen Schritten.

Sowohl der Regierende Bürgermeister von Weizsäcker als auch die SPD und Bischof Martin Kruse lehnten es ab, bei der Veranstaltung *Grußworte* zu sprechen.

CSU strikt gegen Eliteuniversität

rtr, München

Der Vorschlag des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher zur Schaffung von „Eliteuniversitäten" ist bei der CSU auf scharfe Ablehnung gestoßen. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, sagte auf der Landesversammlung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), es lasse sich „kaum eine weniger fachmännische Reparatur" am Bildungswesen *denken als diese. „Ausgerechnet die* FDP, die für die Bildungs-Explosion des vergangenen Jahrzehnts verantwortlich ist, bietet sich jetzt als Medizinmann an und schlägt die Errichtung privater Elite-Schulen und Elite-Hochschulen vor", sagte Stoiber.

Die Folge davon wäre, daß private Schulen rasch zum Sonderweg für Schüler und Studenten würden, deren Eltern sich die hohen Gebühren *leisten könnten. Stoiber: „So bekämen* wir auf kaltem Wege die alte Standesschule wieder: Wer reich ist, dessen Kindern wäre der Zugang zur Elite gleichsam schon mit in die Wiege gegeben. Vor solchen ‚Eliten' bewahre uns der Himmel."

Gesamthochschule passé?

PETER PHILIPPS, Bonn

Die von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eingesetzte Expertenkommission hat gestern ihren Bericht über Änderungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorgelegt. Darin wird eine „begrenzte Novellierung" empfohlen, durch die die „Leistungsfähigkeit der Hochschulen spürbar verbessern und ihre tägliche Arbeit zum Teil wesentlich erleichtern würde".

Zu den Maßnahmen gehört nach Auffassung der von dem Berliner Professor Werner Knopp (ehemaliger Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz) geleiteten Kommission, daß das bisher gesetzlich „für die Neuordnung des Hochschulwesens vorgesehene Organisationsmodell Gesamthochschule" sich nicht weiter „als verbindliches, bundesweit festgeschriebenes Modell aufrechterhalten" läßt. Bei einer Novellierung des HRG sollten außerdem „sachgerechte Ansätze für ein differenziertes Studiensystem" gestärkt und „Aufbaustudienangebote für besonders qualifizierte Hochschulabsolventen" ausgebaut werden. Durch verbindliche Zwischenprüfungen seien die „derzeit überlangen Studienzeiten auf die vorgesehenen Regelstudienzeiten" zu reduzieren.

Neben der wieder festzuschreibenden Präferenz für die Rektoratsver*fassung fordert die Knopp-Kommission* auch Maßnahmen zur Erreichung eines „forschungsfreundlicheren Klimas" an den Universitäten. Dazu gehörten vor allem Erleichterungen im Bereich der Drittmittel-Forschung.

SPD sieht „schwerwiegende Widersprüche"

■ *Fortsetzung von Seite 1*

schriftswidriger Weise beschafft, mangelhaft bewertet und fehlerhaft dargestellt worden.

Der Grünen-Abgeordnete Gert Bastian eröffnete die Aktuelle Stunde mit einem scharfen Angriff auf den Verteidigungsminister. Er warf ihm vor, durch sein „unwürdiges und menschenverachtendes Beharren" auf den Vorwürfen gegen Kießling den General geradezu „mißhandelt" zu haben. Bastian, ein Zwei-Sterne-General a. D., und nach ihm mehrere Sprecher der SPD-Fraktion forderten *Wörner wegen eines angeblich* pflichtwidrigen Verfahrens zum Rücktritt auf. Abgeordnete der CDU und CSU betonten hingegen Wörners pflichtgemäßes Handeln in der Affäre um den General und bescheinigten ihm, er habe „richtig gehandelt". Auf*fällig war, daß der Bundeskanzler* der einstündigen Debatte im Plenum des Bundestages nicht von Anfang an zuhörte und das Plenum auch vorzeitig verließ.

Für die SPD-Fraktion fragte Hans Apel seinen Amtsnachfolger, wie er von den Soldaten Anstand und Kameradschaft fordern wolle, wenn er dazu gegenüber Kießling nicht bereit gewesen sei. Deshalb werde die SPD dem entlassenen General „beistehen" und ihm die „Mittel zu seiner Rehabilitierung geben".

Auch Wörner selbst griff in die Auseinandersetzung ein. Er versicherte, er habe im Interesse der Sicherheit des Landes, im Interesse der Bundeswehr und auch zum Schutz des Betroffenen nicht anders handeln können. Die SPD habe im Verteidigungsausschuß die vollständige Information über den Fall dadurch verhindert, daß sie das Auftreten von drei Kölner Polizisten verhindert habe.

Unterdessen erklärte Kießlings An*walt, er sei von dem General beauf*tragt, mitzuteilen, er, Kießling, habe dem Generalinspekteur gegenüber nie die Bemerkung gemacht, er werde nie mehr etwas zugeben, da er beim ersten Mal damit schlechte Erfahrungen gemacht habe.

AP, Hamburg

General Kießling hat in einem „offenen Brief" an Verteidigungsminister Wörner appelliert, ihm seine „Ehre" wiederzugeben. Er räumte ein, Wörner habe „mit sich ringen" müssen, sowohl seinen Amtspflichten als auch den Interessen des „Betroffenen" zu entsprechen und erklärte sich zu einer Zusammenkunft mit dem Minister bereit.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Offene deutsche Frage

„Deutschland": WELT vom 13. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Hinweis auf den Rückblick des früheren amerikanischen Außenmi*nisters Henry Kissinger in seinen* Memoiren, die Bundesrepublik Deutschland habe mit Unterzeichnung des Moskauer Vertrages die Teilung Deutschlands anerkannt, kann nicht unwidersprochen bleiben.

Alle drei Westmächte haben aus Anlaß der bevorstehenden Unterzeichnung des Moskauer Vertrages in einer Note erklärt, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, die sie sich sowohl im Potsdamer Abkommen 1945 als auch im Deutschlandvertrag 1952 vorbehalten hatten, durch den bilateralen Vertrag der Bundesrepublik mit der Sowjetunion nicht berührt werden und nicht berührt werden können. Angesichts dieser Erklärung konnte aber auch für die USA nicht der Eindruck entstehen, der Moskauer Vertrag anerkenne die Teilung Deutschlands.

Es ist außerordentlich begrüßenswert, daß die Regierung Kohl der Bedeutung der Offenhaltung der deutschen Frage wieder den Stellenwert beimißt, der ihr nach der Präambel des GG, die zur Wahrung deutscher Rechtspositionen verpflichtet, zukommt.

Nur ein weiteres Festhalten am Selbstbestimmungsrecht des ganzen Deutschen Volkes und der Einheit der deutschen Nation kann den Untergang völkerrechtlicher Rechtspositionen verhindern.

Klaus-D. Wülfrath,
Karlsruhe

*

„Ein Pfad und drei Holzwege": GEISTIGE WELT vom 7. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Überschrift stimmt nicht. Der Verfasser führt ja zu weiteren Holzwegen!

Das Fell anderer Menschen zu verteilen, ist doch offenbar zu verlokkend und die Beschwichtigung als feigen Ausweg vor den eigentlichen Aufgaben der Tagespolitik empfiehlt *man scheinbar noch immer gern.* Staatsminister Mertes dürfte der Letzte sein, der eine Preisgabe des geschundenen ostdeutschen Raumes jenseits Oder und Neiße als Preis für eine mögliche Teilvereinigung ansieht.

Sicher ist die Vielschichtigkeit der ganzen deutschen Nachkriegslage auch durch diesen Komplex des völkerrechtlichen Fortbestands Deutschlands in den rechtmäßigen Grenzen von 1937 mitbestimmt. Und zum Glück sind wenigstens gegen alle Ausverkaufsabsichten der Ostverträge doch entscheidende rechts*politische Sperren durchgesetzt* worden. Der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Völker (nicht der Staaten, Herr Hillgruber!) aber greift erheblich weiter!

Die Staatlichkeit auch und gerade des deutschen Volkes bleibt unsere und *zukünftiger Generationen* Aufgabe. Und entgegen den vielfach geschönten Beschwichtigungen der Medien und jener Stimmen, die sich fortschrittlich empfehlen, indem sie gegen deutsche Aufgaben eifern, bleibt und wird das Aus- und das Inlandsverstehen der Lebensinteressen unseres Volkes von einem normalen Maß an Selbstbehauptung abhängig. Dafür stehen nicht nur die Prinzipien der Redlichkeit, sondern zugleich endlose Beispiele.

Nur wenn deutsche Politik auch diese Bezeichnung durch Inhalte und klare Absichten für eben auch unser Volk verdient und vertritt, kann sie glaubhaft sein. Keine Familie, die ein Drittel ihrer Glieder und deren Rechte abschreibt, keine Gemeinschaft und auch kein zum Teil entrechtetes Volk, das so verfährt, kann geachtet werden.

C. von Randow,
Niederbachem

Betriebsrente

„Leserbrief: Dauerstreit um Privilegien": WELT vom 10. Januar

Ich habe volles Verständnis, wenn Herr Ellingen seinen Beamtenstatus mit Klauen und Zähnen verteidigt, nicht aber dafür, wie er das tut.

Ich gehöre selbst zu diesem Personenkreis, der es sich, nach Ansicht von Herrn Ellingen jedenfalls, leisten kann, in ungeniertem Gruppenegoismus dem früheren Arbeitgeber Zahlungen abzufordern. Dazu einige Fakten und Daten, für die ich jederzeit den Beweis antreten kann.

Zunächst darf festgehalten werden, daß diese Zahlungen an die Pensionäre *eines Unternehmens* auf rein freiwilliger Basis des Unternehmens entstanden sind. Anrecht auf jedwede Zahlung besteht erst nach einer zwanzigjährigen (früher sogar 25) ununterbrochenen Tätigkeit im gleichen Betrieb.

Meine monatlichen Bruttobezüge belaufen sich auf 145 DM nach 43 (dreiundvierzig) Dienstjahren.

Finanziert werden diese Mittel dadurch, daß die Löhne erst am 15. des Folgemonats ausbezahlt werden und nicht in der Mitte des laufenden Monats, wie z. B. beim öffentlichen Dienst. Bei ca. 5000 Beschäftigten *kommt hier einiges an Zinsen zusam*men. Außerdem ist es ein Trugschluß zu glauben, der Empfänger dieser Zahlungen hätte dafür nie etwas tun müssen. Früher wurden diese Zahlungen als Treueprämien bezeichnet, und zu Recht.

Jeder Neuling kostet dem Betrieb Geld, zum einen für die Einarbeitszeit und zum anderen in Form höherer Löhne, denn in guten Zeiten konnte man sein Einkommen am schnellsten durch öfteren Firmenwechsel nach oben treiben. Zudem sind diese Prämien auch noch leistungsbezogen.

Daß die Beamtengehälter hochkatapultiert wurden, hat der Autor geflissentlich übersehen.

R. Littmann,
Puchheim

Wort des Tages

„Jeden Tag denke ich unzählige Male daran, daß mein äußeres und mein inneres Leben auf der Arbeit der jetzigen und der schon verstorbenen Menschen beruht; daß ich mich anstrengen muß, um zu geben im gleichen Ausmaß, wie ich empfangen habe und noch empfange."

Albert Einstein, dt. Physiker und Nobelpreisträger (1879 – 1955)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Nicht verhört?

„Das Trauma von Weimar"; WELT vom 14. Januar

Herr Wilfried Hertz-Eichenrode hat „halblaute Töne aus der Spitze des DGB" vernommen. Er erinnert sich in diesem Zusammenhang an den Einstieg des Allgemeinen Deutschen *Gewerkschaftsbundes in das Dritte* Reich. In einer Erklärung des Vorstandes des ADGB vom April 1933 stand u. a.: „Um eine einheitliche Durchführung der von der Regierung geplanten Maßnahmen sicherzustellen, um eine geregelte Wirksamkeit der *Gewerkschaften* wieder *zu* ermöglichen und der deutschen Arbeiterschaft wie der deutschen Wirtschaft das Gefühl der Sicherheit wiederzugeben, das im Interesse des Volksganzen notwendig ist, empfiehlt der Bundesausschuß des ADGB die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften." Es fehlt in der Erklärung auch nicht die Bereitschaft, „die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates zu stellen".

Die Heroisierung dieses Versagens haben wir nach 1945 ausreichend oft erlebt. Im Jahr 1951 Androhung des verfassungswidrigen Generalstreiks im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Montan-Mitbestimmung. Ein Jahr später der wiederum verfassungswidrige sogen. Zeitungsstreik, der zur Nachrichtensperre der Presse während der Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes und zur Verurteilung der Gewerkschaften zum Schadenersatz führte.

Auch von der lohnpolitischen Zurückhaltung war ab 1953 keine Rede mehr, nachdem Chefideologe V. Agartz die „expansive Lohnpolitik" kreiert hatte. Von welcher Güte diese war, zeigt ein Zitat des Schöpfers: „*Jede materielle Lohnfindung hat* sich allein und ausschließlich nach den international erreichten optimalen Ergebnissen zu richten.

Man kann nur hoffen, daß sich Herr Hertz-Eichenrode nicht verhört hat und die maßgeblichen Gewerkschafter beherzigen, was ihr alter Freund und Weggenosse Goetz Briefs in seiner Schrift „Das Gewerkschaftsproblem gestern und heute" schon 1955 anmerkte: „*Die Gefahr des inflatorischen* Preisanstiegs liegt für alle westlichen Wirtschaften vor; sie kommt aus mehreren Quellen, aber am stärksten von der gewerkschaftlichen Lohnpolitik."

Dr. E. A. Osthold,
Göttingen

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Michael Jovy**, Gesandter an der Deutschen Botschaft in Rom, erlag in seiner römischen Wohnung einem Herzleiden; Dr. Jovy, Jahrgang 1920, in Gladbeck geboren, studierte Geisteswissenschaften. Der Dr. phil. gehörte dem Auswärtigen Amt seit 1953 an. Seinen ersten Botschafterposten übernahm Jovy 1966 in Georgetown, dem früheren Britisch-Guayana, wo er sich auch mit einer Tochter des Landes verheiratete. 1969 wurde Michael Jovy Botschafter in Mali, 1972 ging er als Botschafter in den Sudan, 1977 als Botschafter nach Algerien. 1980 verließ er den afrikanischen Kontinent und übernahm den Posten des Bot*schafters in Bukarest. Im August* letzten Jahres wurde Michael Jovy Gesandter in Rom. Im November letzten Jahres ehrte ihn die israelische Regierung mit einer hohen Auszeichnung für seinen Widerstand im Dritten Reich.

ERNENNUNG

Der Ludwigsburger Pfarrer **Tilmann Schmieder** wird in Zukunft in Jugendfragen Bundesfamilienminister **Heiner Geißler** beraten. Schmieder wurde zum Vorsitzenden des Bundesjugendkuratoriums bestimmt, dessen Aufgabe die Beratung und Unterstützung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit ist. Seit 1980 ist Pfarrer Schmieder Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Stuttgart. Schwerpunkte in der Arbeit des Kuratoriums werden Fragen der Jugendarbeitslosigkeit sein, Probleme der ausländischen Jugend und der Zivildienstler.

EHRUNGEN

„Sie haben das Bild des Unternehmers zum Vorbild gemacht", sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin, ***Richard von Weizsäcker**, zu „Bilder*buch-Unternehmer" **Heinz Nixdorf**, als er ihm gestern in der Godesberger Redoute die „Ludwig-Erhard-Medaille für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft" überreichte. Nixdorf, der 1952 in einem Kellerlabor zu experimentieren begann und heute einem weltweiten Computer-Konzern mit mehr als 16 000 Mitarbeitern vorsteht, stimmt nicht in das allgemeine Unterlegenheitsgefühl gegenüber den Japanern ein. „Ich glaube, daß wir in Deutschland die besseren Unternehmen haben", meinte er selbstbewußt. Nixdorf ist der erste Unternehmer, der – nach drei Wissenschaftlern – die Auszeichnung erhält. Nixdorf bekannte, daß er selbst als Student im Jahre 1948 die Theorien Ludwig Erhards an der Hochschule bekämpft habe, weil er sie für gar zu phantastisch gehalten habe. Heute aber sei er ein glühender Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Die Verleihung in der Redoute fand in Anwesenheit zahlreicher Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft statt.

Der in Hamburg lebende Komponist und gebürtige Danziger **Günter Friedrichs** wurde von der Künstlergilde Esslingen mit dem Johann-Wenzel-Stamitz-Preis 1984 ausgezeichnet. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. Die Ehrengabe zum Stamitz-Preis, 4000 DM, wurde dem in Wiesbaden lebenden Komponisten **Friedrich Zehm**, der aus Neusalz/Oder stammt, zugesprochen. Der diesjährige Interpretenpreis geht an den Berliner **Felix Werder**, der heute in Australien lebt. Während der „Esslinger Begegnung" am 24. Mai in Stuttgart werden die Preise überreicht.





Turnhallengäste: links Ulrich K. Wegener, Israels Oberst Samuel Shachan und Amiram Hirschfeld. Rechts: Dr. Gerhard Boeden, Vizepräsident des Bundeskriminalamtes (links), mit dem Ersten Direktor des Bundeskriminalamtes Meckenheim, Dr. Rudolf von Hoegen, und Rolf Peter, Chef der Gruppe „S" des MAD in Bonn.



Alfred Kranz, rechts, und Gymnich-Besitzer Jörg Baron von Holzschuher, FOTOS: KEIL

Die Sicherheitsprobleme sind 1983 größer geworden. „Denn es gibt eine zunehmende Gewaltbereitschaft von außerhalb der Verfassung stehenden ‚Autonomen', die in der Diskussion um den inneren *Frieden mit Bomben* und Selbstlaboraten antworten." So **Ulrich K. Wegener**, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, der zusammen mit dem Leitenden Regierungsdirektor **Alfred Kranz**, Leiter der Grenzschutzverwaltung West in Bonn, zum Neujahrsempfang eingeladen hatte. 500 Gäste versammelten sich in der „Turmhalle" des Grenzschutzes. Zu ihnen gehörten US-Botschafter **Arthur F. Burns**, Kanzleramtsstaatsminister **Philipp Jenninger**, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, **Alfred Biehle**, Wehrbeauftragter **Karl-Wilhelm Berkhan**, der Inspekteur des Bundesgrenzschutzes **Karl-Heinz Amft**, Verfassungsschutzvizepräsident Dr. **Stefan Pelny**, der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. **Werner Schmidt**, und Bonns Polizeipräsident Dr. **Hans-Wilhelm Fritsch**. Verteidigungsminister **Manfred Wörner** hatte abgesagt.